Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft J. V. W. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 219 — Dienstag, 18. September 1928. — 3. Jahrgang.

Einmütige Billigung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hinter Müller. — Westarp allein auf weiter Flur.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett trat am Sonnabend unter Vorsitz des Reichsministers Groener zu einer Sitzung zusammen, an der die Reichsminister Curtius, Dietrich, von Guerard, Hilferding, Severing, Schätzel und Wissell teilnahmen. Gegenstand der eingehenden Beratung bildete die Lage in Genf, wie sie sich auf Grund der Bericht: der Delegation darstellt. Die Haltung der Delegation in Genf sand einmütige Billigung. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu den in Frage stehenden Problemen wurde der Delegation telegraphisch übermittelt

Aus dieser kurzen amtlichen Meldung ergibt sich daß ein Gegensatz zwischen der Völkerbundsdelegation und dem Reichskabinett nicht besteht! Die Regierung billigte die Haltung ihrer Delegierten. Sie stellt sich damit hinter den Reichskanzler, gegen die deutschnationale Opposition.

Was diese Opposition überhaupt will! Sie hat in diesen Tagen durch ihre Presse — natürlich aus rein „nationalen" Gründen — über die Haltung der deutschen Delegation die tollsten Dinge verbreiten lassen. Sie hat behauptet, daß Deutschland im Begriff stehe, die Räumung der Rheinlande unter den schwersten Bedingungen zu erkaufen, daß zu allen bisherigen Opfern neue große Lasten eingegangen werden sollen. Nichts von alledem ist wahr. Die Dinge sind überhaupt noch nicht so weit in Fluß, daß heute schon irgend ein endgültiges Ergebnis vormeggenommen werden könnte. Was schließlich werden wird, weiß vorläufig weder die deutsche Delegation, noch das Reichskabinett, und das wissen noch viel weniger die an den Verhandlungen weder direkt noch indirekt beteiligten Deutschnationalen. Fest steht allerdings, daß

die deutsche Delegation nicht daran denkt, die Räumung der Rheinlande zu erkaufen, und daß eine Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Rheinlandproblem nicht in Frage kommen kann.

Diese Auffassung der deutschen Regierung ist den Besatzungsmächten im Verlauf der Genfer Verhandlungen mit einer eingehenden Begründung unterbreitet worden. Briand hat sie beantwortet mit einer Reihe von Fragen und einzelnen Vorschlägen, zu denen das Reichskabinett am Sonnabend auf Grund eines ausführlichen Berichtes eingehend Stellung genommen hat. Das Ergebnis ist nicht überraschend. Deutschland hat von jeher eine Diskussion über die endgültige Lösung des Reparationsproblems angestrebt, weil ohne eine derartige Lösung eine Verständigung von Dauer nicht möglich scheint.

Wenn es jetzt gelungen ist, diese Erörterung endlich zu ermöglichen, so ist das ein Verdienst der deutschen Delegation und vor allem des sozialdemokratischen Reichskanzlers.

Auf welche Weise die Auseinandersetzungen im einzelnen vor sich gehen sollen, ob eine Sachverständigenkommission aus Vertretern der Alliierten unter Hinzuziehung deutscher Vertreter zunächst an die Dinge herangehen oder ob die Väter der vorläufigen Lösung schließlich mit der Sache befaßt werden sollen, mag die deutsche Delegation entscheiden. Sie wird dabei von dem Gesichtspunkt ausgehen müssen, daß die Reparationsfrage kein europäisches Problem ist und Amerika als Gläubigerstaat bei den kommenden Verhandlungen eine große Rolle spielen wird. Es scheint deshalb angebracht, diesen Faktor bei der Zusammensetzung der Kommission oder der Kommissionen von vornherein besonders mit in Rechnung zu stellen. Gelingt es, bis 1929 die endgültige Lösung zu erreichen, dann werden wir dem Frieden ein großes Stück näher kommen

Voraussetzung dazu ist natürlich vor allem die Räumung des Rheinlandes. Deutschland unerschütterliches Recht auf die Zurückziehung aller Besatzungstruppen ergibt sich aus dem § 431 des Versailler Vertrages und es bedeutet eine gewisse Anerkennung dieses Rechtsstandpunktes, wenn sich die alliierten Mächte jetzt zum ersten Male offiziell zu Verhandlung über diese Frage bereit erklärt haben. Ihrer Lösung stehen leider noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten im Wege, die insbesondere von französischer Seite ausgehen. Frankreich knüpft an die Zurückziehung der Truppen gewisse Voraussetzungen, die soweit sie auf die sofortige Räumung der zweiten Zone Anwendung finden sollen, für uns völlig undiskutabel sind. Es geht nicht an, für Selbstverständlichkeiten auch noch ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen und wenn es noch so gering wäre. Auch für den Fall einer Gesamträumung bedürfen die französischen Voraussetzungen einer ernsten Erörterung. Wir brauchen keinen Hehl daraus zu machen, daß der Einsetzung einer sogenannten „Feststellungs- und Versöhnungs-Kommission" in Deutschland und insbesondere im Reichskabinett die schwersten Bedenken begegnen. Wir sehnen sie dennoch nicht ohne weiteres ab, weil mir der Auffassung sind, daß eine kleine, mit begrenzten Vollmachten ausgestattete Kommission immer noch eher zu ertragen ist, als ein Besatzungsheer von 67 000 Mann. Letzten Endes kommt es darauf an wie diese Kommission zusammengesetzt sein soll welche Aufgabe sie haben soll und wie lange sie bestehen soll. Ist etwa gar beabsichtigt, sie noch über den 10. Januar 1935 hinaus, noch nach dem Ablauf der im Versailler Vertrag festgelegten Besatzungsfristen bestehen zu lassen?

Diese Fragen bedürfen vor einer endgültigen Stellungnahme zu den französischen Voraussetzungen einer eingehenden Klärung. Es ist deshalb kaum zu erwarten daß vor Mitte nächster Woche eine positive Entscheidung der deutschen Delegation in Genf oder der Reichsregierung fällt.

Die Antwort der Reichsregierung.

Die telegraphische Antwort der Reichsregierung an die deutsche Delegation in Genf umfaßt 3½ Folioseiten. Sie setzt sich zusammen aus einer Stellungnahme der Reichsregierung zu den aufgeworfenen Fragen und einem kurzen Auszug aus dem Protokoll der im Kabinett geführten Debatte. Die deutsche Delegation wird einleitend zu ihrem Erfolg, die Reparationsdebatte in Gang gebracht zu haben, beglückwünscht und gebeten, hinsichtlich der Zusammensetzung der in Aussicht genommenen Kommission oder Kommissionen bestimmte Dinge nicht außer Acht zu lassen.

Irgendwelche Voraussehungen für die Räumung der zweiten Zone zu erfüllen, lehnt die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der deutschen Delegation ab.

Sie trägt auch hinsichtlich der von Frankreich für die Zulage einer Gesamträumung (nach der endgültigen Lösung des Reparationsproblems) aufgestellten Voraussetzungen die schwersten Bedenken. Sie beziehen sich vor allem auf die Dauer und die Kompetenzen der sogenannten „Feststellungs- und Versöhnungs-Kommission". Diese Frage stand nach dem Bericht an die deutsche Delegation im Verlauf der Kabinettssitzung im Vordergrund aller Erörterungen. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß eine derartige Kommission für den Fall einer vorzeitigen Räumung keineswegs über den im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin der Gesamträumung, d. h. dem 10. Januar 1935 hinaus bestehen dürfte. Das Kabinett wünschte außerdem Klarheit darüber, ob die Kommission in dem ganzen Besatzungsgebiet oder nur in der zu räumenden zweiten bzw. dritten Zone sein soll.

Das Ergebnis der Besprechungen.

Genf, 16. Sept. (Eig. Drahtm.) Die Besprechungen der fünf Besatzungsmächte und Deutschlands sind am Sonntag nach einer dreistündigen Sitzung beendet worden. Man hört über das Ergebnis sowohl von französischer wie von englischer und japanischer Seite Aeußerungen der Zufriedenheit. In dem offiziellen Kommunique heißt es:

„Eine Einigung ist zwischen den Mächten in folgenden Punkten zustande gekommen: 1. über die Eröffnung offizieller Verhandlungen über die vom deutschen Reichskanzler vorgebrachte Forderung auf frühere Räumung des Rheinlandes.

2. über die Notwendigkeit einer vollständigen und endgültigen Lösung des Reparationsproblems, zu welchem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen durch die sechs Regierungen zu ernennen ist.

3. über die prinzipielle Einsetzung der Feststellungs- und Vergleichs-Kommission. Die Zusammensetzung, Arbeitsweise, Aufgabe und die Dauer dieser Kommissionen werden Gegenstand von Verhandlungen zwischen den zuständigen Regierungen bilden."

Der zu einem Entgegenkommen am wenigsten geneigte Teil war — wie wir erfahren — der belgische Außenminister Hymans. Auf englischen Wunsch wurde zu Beginn der Verhandlungen die deutsche These, daß ein juristischer Anspruch Deutschlands auf die frühere Räumung bestehe, zurückgestellt. Man hielt ein praktisches Ergebnis für erreichbarer, wenn diese juristische Streitfrage nicht erst ausgetragen würde. Briand stellte dann die Reparatiosfrage zur Debatte. Die deutsche Scheidung zwischen der Behandlung des Reparationsprogramms und den Räumungsverhandlungen, die in der oben wiedergegebenen Vereinbarung enthalten ist, bedeutet immerhin eine volle Anerkennung des deutschen Standpunktes. Außerdem ist aus der Vereinbarung ersichtlich, daß eine Einigung über die Dauer und die Kompetenzen der sogenannten „Feststellungs- und Vergleichs-Kommission" noch nicht erzielt worden ist.

Rückkehr des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler trifft am Dienstag in Berlin ein. Er wird zunächst dem Reichspräsidenten und dann dem Reichskabinett über den Verlauf der Genfer Verhandlungen Bericht erstatten. Der Auswärtige Ausschuß tritt voraussichtlich am Sonnabend oder Montag zusammen. Er wäre auch ohne die überflüssige Initiative der Deutschnationalen Volkspartei zur Entgegennahme eines Berichtes der Reichsregierung zusammenberufen worden.

Reichskanzler Müller hat Genf am Sonntag verlassen. Er wird auf der Durchreise durch Baden-Baden mit Stresemann Rücksprache nehmen.

*

Feststellungen zum Beschluß in Genf.

Genf, 17. September. (EF.) Aus Aeußerungen von Delegationsmitgliedern und aus Pressebesprechungen, die sowohl die französische und englische wie die deutsche Delegation am Abend nach der entscheidenden Sitzung in Genf unter persönlicher Leitung der Delegiertenführer Briand, Lord Cushendun und Müller unterhielten, kann man sich ein ziemlich genaues Bild über die Stellung der am meisten interessierten Mächte zur getroffenen Vereinbarung machen. Der Haupterfolg der deutschen Delegation besteht darin, das Zugeständnis erreicht zu haben, daß die Räumungsfrage für offizielle Verhandlungen frei ist. Im übrigen wird deutscherseits betont, daß man mit dem Auftrag nach Genf gekommen sei, die Frage der Gesamträumung des Rheinlandes und des Saargebietes anzuschneiden. Man habe infolgedessen niemals versucht, besonders über die zweite Zone zu verhandeln. Man habe gehofft, daß sich der Verständigungswille

Severing in Lübeck.

Zum Wehrproblem.

Lübeck, 16. Sept. (Eig. Drahtm.) Der Reichsminister des Innern Severing sprach am Sonntag vor dem Reichsbanner in Lübeck. Er führte u. a. aus:

„Die Debatten über den Panzerkreuzer A haben nicht nur in der Sozialdemokratischen Partei, sondern auch im Reichsbanner das Verlangen nach einer gründlichen Klärung des deutschen Wehrproblems wachgerufen. Die Sozialdemokratische Partei hat durch ihre oberste Vertretung bereits beschlossen, auf einem im Spätwinter einzuberufenen Parteitag die Fragen zur Klärung zu bringen. Der bisherige Verlauf der Panzerkreuzer-Diskussion war, abgesehen von gelegentlichen publizistischen und rednerischen Entgleisungen — insofern auch sehr unbefriedigend, als in der Oeffentlichkeit leicht der Eindruck entstehen konnte, daß es sich bei den Protesten gegen den Kreuzerbau nur um die Geltendmachung pazifistischer Gedankengänge und Grundsätze handele. Davon kann indeß keine Rede sein. Die im Reichsbanner vertretenen Parteien haben sämtlich zum Wehrprogramm in positivem Sinne Stellung genommen, zum Teil durch Beschlüsse ihrer obersten Vertretungskörperschaften, teils durch programmatische Erklärungen ihrer Reichstagsfraktionen. Im sozialdemokratischen Parteiprogramm ist zwar nicht detailliert die Stellungnahme der Sozialdemokratie auseinandergesetzt, aber es ist in Heidelberg in das Aktionsprogramm der Partei ausdrücklich die Forderung auf Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik aufgenommen. Wenn die Sozialdemokratische Partei darauf verzichtete, weitere Forderungen grundsätzlicher Art aufzustellen, so hatte das gute Gründe. Deutschland ist in seiner Entschließung über Wehrfragen nicht frei, sondern an die Zwangsbestimmungen des Versailler Vertrages gebunden.

„An der Spitze jedes republikanischen Wehrprogramms wird selbstverständlich die Forderung stehen müssen, internationale Konflikte vor obligatorischen Schiedsgerichten zum Austrag zu bringen und die internationale Abrüstung anzustreben. Wie weit wir von diesem Ziele noch entfernt sind, hat vor einigen Tagen die Antwortrede Briands auf die Ausführungen Müllers gezeigt. Aber selbst wenn die Aussichten für eine allgemeine Abrüstung sehr viel günstiger wären, als sie es tatsächlich sind, kämen wir in Deutschland um eine klare Stellungnahme zum Wehrprogramm nicht herum. Die deutsche Wehrfrage ist heute weniger eine Angelegenheit der Außen-, als vielmehr der Innenpolitik. Die letzten deutschen Reichstagswahlen haben für alle wahrhaften Republikaner unter dem Zeichen gestanden: Heran an die Macht, die Republik den Republikanern! Wer aber die Macht im Staate will, der muß auch die Machtmittel wollen! (Allgemeine Zustimmung). In dieser Erkenntnis haben die republikanischen Parteien auch der Regierungserklärung zugestimmt, in der es hieß, daß die Regierung, die von der Wehrmacht verlange, daß sie eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik sei, ihrerseits dafür sorgen würde, daß die Wehrmacht mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet wird (Lebhafter Beifall.) Freilich ist in der Regierungserklärung hinzugefügt: Im Rahmen ihrer Aufgaben und der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte! Hier können und werden sich noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten ergeben. Und solange Deutschland unter der Last der Dawes-Gesetze Einschränkungen machen muß an seinen sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben, solange wird mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sein, ob die Ausstattung der Wehrmacht mit den von ihr verlangten Mitteln zweckmäßig und zeitgemäß ist. Sind aber die grundsätzlichen Unklarheiten beseitigt, dann kann mit viel größerer Sachlichkeit und ohne jede leidenschaftliche Verhetzung jede auftretende Zweckmäßigkeitsfrage geprüft und entschieden werden. Auch das Reichsbanner würde sich ein großes Verdienst um die politische Erziehungsarbeit des Volkes erwerben, wenn es diese Fragen im Kreise seiner Mitgliedschaften mit dem Ernst, den der Gegenstand erfordert, prüfen würde." (Stürmischer Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0001

der anderen Seite in einer vorzeitigen Räumung der zweiten Zone äußern werde, was bedauerlicherweise nicht geschehen ist. Der deutsche Standpunkt, daß die Gesamträumung nicht durch besondere Repatrationsleistungen erkauft werden könne, sei bis zum Schluß unverändert festgehalten worden, ebenfalls an der deutschen Ansicht, daß eine Kontrolle des Rheinlandes über 1935 hinaus nicht in Frage komme. Die Auffassung der deutschen Delegation geht allgemein dahin, daß man mit der getroffenen Vereinbarung einen moralischen Erfolg erzielt und jede gefährliche oder zweifelhafte Bindung vermieden hat. Es war nicht die deutsche Aufgabe, die Reparationsfrage anzuschneiden, da sie aber von der Gegenseite angeschnitten wurde, konnten die deutschen Unterhändler unter Hinweis darauf, daß die Vereinbarungen von Thoiry nicht durch deutsche Schuld unwirksam geblieben seien, sich bereit erklären, neue Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Es ist in den Verhandlungen von deutscher Seite dabei betont worden, daß eine europäische Lösung keine Spitze gegen Amerika haben dürfe und daß man Amerika an den Verhandlungen beteiligen müsse, wenn es dies wünsche. Bezüglich der vorgeschlagenen Rheinlandkommission weist man von deutscher Seite darauf hin, daß diese sogenannte Feststellungs- und Vergleich-Kommission an und für sich jenen großen Fortschritt gegenüber der noch vor Jahren geforderten ständigen Militärkommission bedeute. Man ist sich aber auch auf deutscher Seite bewußt, daß diese Kommission nicht nur Mißbräuche abstellen können, ohne daß vorkommendenfalls erst der Völkerbund mit seinen unangenehmen Investigationsverfahren in Bewegung gesetzt wird, sondern daß sie bei schlechter Zusammensetzung und einseitiger oder zu weitgehender Auffassung dieser Befugnisse selbst zu einem Stein des Anstoßes werden könnte. Auf deutschen Wunsch sind alle Einzelheiten in dieser Beziehung zukünftigen Verhandlungen überlassen, vor allem die Frage wie lange die Kommission wirken soll. Hier ist also noch keine Bindung eingegangen, sondern die Einigung in dieser Frage der weiteren Entwicklung des französisch-deutschen Verhältnisses überlassen. Im übrigen erfährt man von deutscher Seite, daß die in der Presse aufgeworfene Frage einer beiderseitigen Kontrolle solange keine praktische Bedeutung habe, wie in den französischen Grenzgebieten keine militärische Beschränkung irgendwelcher Art vorgeschrieben sei. Bemerkt zu werden verdient, daß während der ganzen Verhandlungen von keiner Seite die frühere Poincarische These, daß die Besatzungsfrist noch nicht zu laufen begonnen hätte u. infolgedessen die Gesamträumung auf 1935 zweifelhaft sei, wieder aufgenommen wurde.

Man ist auf deutscher Seite in Bezug auf die Dauer der kommenden Verhandlungen nicht optimistisch. Reichskanzler Müller hofft aber bald nach seiner Ankunft in Berlin in einem Kabinettrat über die auf Grund der Räumungsformel der Vereinbarung nötig gewordenen offiziellen Schritte einen Beschluß herbeiführen zu können.

Von englischer Seite wird jedenfalls bedauert, daß sich Frankreich nicht zu einer vorzeitigen Räumung der zweiten Zone bereit erklärt hat. Die nüchternen Engländer erklären offen, daß die Bedeutung der zweiten Zone für Frankreich schon heute wertlos ist. Aus den englischen Presseäußerungen wird bekannt, daß Lord Cushendun betonte, daß England zu der Frage der Geltungsdauer der französischen Rheinlandkommission keine Stellung genommen habe und keine Stellung nehmen werde, daß er aber weiterhin sowohl Deutschland wie Frankreich als Vermittler gern zur Verfügung stehen will. Im übrigen meine man auf englischer Seite, daß mit den getroffenen Vereinbarungen die Räumungsverhandlungen endgültig in Fluß gekommen seien. Bezüglich des Reparationsproblems steht auch England auf dem Standpunkt, daß keine Lösung tragbar ist, die Amerika unangenehm wäre.

In Frankreich beschäftigt man sich natürlich gewiß am meisten mit der Kommissionsfrage. Man betont ausdrücklich, daß es sich um keine militärische Kontrolle handeln soll, sondern um eine Ausgleichskommission, die in die Locarnoverträge hineingefaßt werden könne und die infolgedessen ohne Bedenken von irgendeiner Seite über das Jahr 1935 ein Wort der Verständigung ausüben könne, das nicht ein Glied des Versailler Vertrages sei. Man gibt auf französischer Seite zu, daß hier noch ein sehr ernster deutsch-französischer Gegensatz besteht, vermerkt aber mit Befriedigung die abwartende Haltung des deutschen Reichskanzlers, der eine weitere Diskussion über diese Frage nicht von vornherein ausschloß, sondern bereit ist, das Problem in allen Einzelheiten zu prüfen. Im Gegensatz zur deutschen Auffassung betonte Briand, daß die Vereinbarung anerkenne, daß eine Verbindung zwischen Räumung und Reparation bestehe. Der französische Standpunkt, daß die vorzeitige Räumung Gegenleistungen verlange, bliebe aufrecht erhalten. Frankreich halte die Reparationsregelung des Dawesplanes für unsicher und die angebahnte neue Lösung müsse Frankreich mehr Sicherheit für seine Zahlungen geben. Dafür werde es für Deutschland den größten Vorteil der Gesamtsumme der Zahlungen bringen. Im übrigen äußerte die französische Delegation ihre Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen. Briand betonte, daß er in seinen Genfer Besprechungen den Ausgangspunkt für die baldige Beseitigung ihrer bestehenden Differenz zwischen Deutschland und Frankreich sehe.

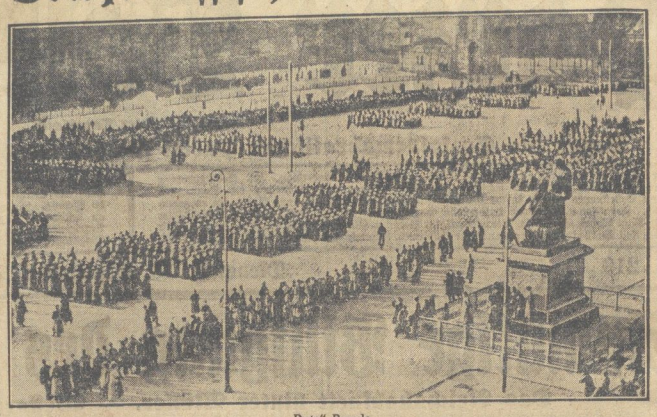
Englische Pressestimmen.

London, 17. September. (EF.) Aus den ersten Pressekommentaren zum Ergebnis der Genfer Verhandlungen scheint hervorzugehen, daß man das Ergebnis der Sonntagsbesprechungen in Genf als einen wesentlichen Fortschritt betrachtet und der Auffassung ist, daß Müller mit dem Deutschland erzielten Resultat zufrieden sein könne. Daily-Chronicle stellt fest, die Frage des Rheinlandes sei nunmehr zur praktischen Politik geworden und könne nicht mehr fallen gelassen werden. Er ist der Auffassung, daß die geplante endgültige Festsetzung der Reparationszahlungen sich ebenso schwierig erweisen werde, wie s. Zt. das Zustandekommen des Dawesabkommens. Der konservative Daily-Telegraph sieht im Ergebnis der Genfer Besprechungen einen Beweis dafür, daß die französische Auffassung von der inneren Verknüpfung von Rheinlandbesatzung und Sicherheit viel an Schärfe verloren hätte. Das Ergebnis vom Sonntag stelle auf beiden Seiten eine Konzession in prinzipieller Hinsicht dar.

Die französische Presse.

Paris, 17. September. (EF.) Die gestrige Einigung in Genf findet in der Pariser Presse eine sehr gute Aufnahme. Die großen Informationsblätter können sich nicht genug tun, diese „endgültige Liquidierung des Krieges" die schönste Frucht der Locarnopolitik und diese entscheidende Etappe in der Befriedigung Europas in den tönendsten Worten zu feiern. Die Rechtspresse speit Feuer und Flamme gegen Briand, der die Interessen Frankreichs verraten habe. Die Linke äußert die berechtigte Kritik, daß in Genf nichts Greifbares habe verwirklicht werden können. Leon Blum bedauert im Populaire ausdrücklich, daß auch diese Verhandlungen wieder nach den Prinzipien des Tauschgeschäfts geführt werde. Als Kuriosität mag erwähnt werden, daß französische Kommunisten auch hier wieder eine Verschwörung gegen Moskau wittern wollen. Im übrigen betonen alle Blätter, daß Reichskanzler Müller bei den Verhandlungen ebenso großes Geschick wie Loyalität gezeigt hat.

Sowjetrussischer Militarismus.



„Rote" Parade.

Der Militarismus gleicht sich in allen Ländern — auch in Sowjetrußland regnet es Paraden. Orden usw.
(Der A.I.Z. vom November 1925 entnommen.)

Der Tornado über Illinois.

Hunderte Tote, 30 Arbeiter verschüttet.

Der furchtbare Tornado über den Vereinigten Staaten hat nach seinem Zug über die Staaten Nebraska und Dakota den Staat Illinois heimgesucht und hier unbeschreibliche Verwüstungen angerichtet. Der Sturm entlud sich mit furchtbarer Gewalt über dem Städtchen Rockford und zerstörte den südlichen Teil der Stadt. Eine vierstöckige, Stuhlfabrik, in der hundert Arbeiter beschäftigt waren, wurde in Trümmer gelegt; bei dem Einsturz erlitten 30 Arbeiter den Tod, zahlreiche andere wurden schwer verletzt. Außerdem wurden drei andere Fabriken und zahlreiche Wohnhäuser vom Sturm zerstört. Man schätzt die Zahl der Toten in Rockford auf mehrere Hundert.

Der Tornado erreichte die Stadt am späten Nachmittag; auf den mit furchtbarem Getöse vorüberziehenden Wirbelsturm folgte ein Wolkenbruch, der das allgemeine Chaos noch erhöhte. Einige Wohnhäuser wurden buchstäblich von ihren Fundamenten losgerissen und mehrere Meter weit fortgeschleudert. Automobile wurden durch den Sturm mehrere hundert Meter weit durch die Luft getragen. Da in der Stadt das Licht erlosch, mußten die Hilfsmannschaften im Dunkeln arbeiten. Bei der Bergung der Verwundeten spielten sich furchtbare Szenen ab.

Auch auf den Inseln Haiti und Portorico hat das Unwetter schweren Schaden angerichtet. Da die Kabel- und Radioverbindungen noch nicht wieder hergestellt werden konnten, läßt sich das Ausmaß der Katastrophe nicht übersehen. Es sollen etwa 80 Proz. der Bevölkerung obdachlos geworden sein. Die Bevölkerung ist von Hungersnot und Epidemien bedroht. In der Stadt San Juan (Portorico), wo der Orkan eine Stärke von 150 Meilen in der Stunde erreichte, wird der Sachschaden auf zwei Millionen Dollar geschätzt. Die Ortschaft San Turce bei San Roue ist dem Erdboden gleich gemacht worden.

In den Staaten Nebraska, Süd-Dakota und Wiskonsin sind 43 Tote und mehrere hundert Verletzte gezählt worden; auch hier geht der Sachschaden in die Millionen. Große Sorge herrscht um die Schiffe, die sich in der Orkanzone befunden haben. Auch der Dampfer „Orkoma", auf dem sich der britische Außenminister Chamberlain befindet, hatte Kurs auf die von dem Orkan heimgesuchte Zone. —

Auch Mexiko für Kriegsächtung.

Mexiko-City, 15. Sept. (Eig. Drahtm.) Die mexikanische Regierung hat sich am Sonnabend in einer ausführlichen, an das Staatsdepartement in Washington gerichteten Note bereit erklärt, den Kriegsächtungspakt zu unterzeichnen. Die Note verurteilt im Einklang mit Mexikos traditioneller Politik in schärfster Weise den Angriffskrieg und hofft, daß durch den Kellogg-Pakt ein entscheidender Schritt für den Weltfrieden getan sei.

Kammerwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 16. Sept. (Eig. Drahtm.) Die Wahlen zur Ersten dänischen Kammer führten zu folgendem vorläufigen Ergebnis:

Sozialdemokraten	641 Wahlmänner	(+ 203)
Liberale	643 Wahlmänner	(— 53)
Konservative	268 Wahlmänner	(+ 6)
Demokraten	185 Wahlmänner	(+ 8)
Deutsche	27 Wahlmänner	(+ 3)

Das entspricht einer Mandatsziffer von 40 für die Konservativen und Liberalen, während Sozialdemokraten, Demokraten und Farörer zusammen 36 Sitze erhalten. Das Kabinett ist, nach der abgegebenen Stimmenzahl gerechnet, trotzdem mit 444 082 gegen 452 186 Stimmen in der Minderheit geblieben. Die Zusammensetzung der neuen Kammer bringt das Gegenteil zum Ausdruck.

Die französischen Luftmanöver.

Paris, 15. Sept. (Eig. Drahtm.) Die französischen Fliegermanöver vor Paris sind am Sonnabend vormittag zu Ende gegangen. Die große Luftschlacht, die am Sonnabend noch stattfinden sollte, ist im letzten Augenblick abgesagt worden.

Im allgemeinen haben diese Luftmanöver keine großen Leistungen gebracht. Schon der Nachtangriff bei Chartres wurde mit wesentlich reduzierten Kräften durchgeführt. Am Sonnabend morgen fanden noch kurze Schießübungen mit Maschinengewehren und Bombenabwurf-Manöver statt. Beide Uebungen verliefen nach dem Zugeständnis des „Temps" nicht gerade befriedigend. Die ganzen, ziemlich unordentlich improvisierten Manöver, die namentlich in der Linkspresse scharfe Kritik finden, scheinen nur den einen Zweck gehabt zu haben, den Engländern ein Gegenschauspiel zu ihrer Londoner Luftschlacht zu liefern. Die französischen Fliegeroffiziere, die damals nach London eingeladen waren, wollten sich also revanchieren.

Wohnungsnot in Paris.

Paris, 15. Sept. (Eig. Drahtm.) In einer Denkschrift an den Stadtrat von Paris schildert der Präfekt des Seinedepartements die Pariser Wohnungsnot. Nicht weniger als 43 Prozent aller Einwohner von Paris sind nach diesem Bericht in ungenügenden Behausungen untergebracht. 218 748 Einwohner nennen noch nicht einmal ein halbes Zimmer ihr eigen und 844 279 haben es noch nicht auf ein ganzes Zimmer gebracht. Den Wohnungsbedarf der Stadt Paris gibt der Präfekt mit 462 591 unmöblierten und 85 045 möblierten Zimmern an. Rechne man die Wohnung zu vier Zimmern, so brauche also Paris über 160 000 neue Wohnungen. Das große Siedlungsprogramm des Arbeitsministers Loucheur sieht für Paris nur 50 000 Wohnungen, also noch nicht einmal ein Drittel des Bedarfs vor.

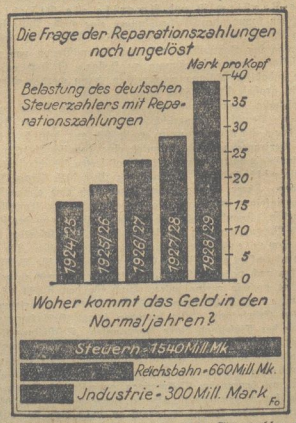
Baldwin und sein Sohn.

London, 15. Sept. (Eig. Drahtm.) Das bevorstehende gemeinsame Auftreten des konservativen Ministerpräsidenten Baldwin und seines der Arbeiterpartei angehörenden Sohnes Oliver auf einer Tribüne hat in London erhebliches Interesse erweckt. Den Anlaß bildet die Einweihung eines neuen Rathauses in Worcesterchire, wo Baldwins Sohn offizieller Parlamentskandidat der Sozialistischen Partei ist. Die Ankündigung hat deshalb besonderes Aufsehen erregt, weil der junge Baldwin bei zahlreichen Gelegenheiten die konservative Regierung seines Vaters als die schlechteste Regierung seit Menschengedenken bezeichnet hat.

Zusammentritt des Preuß. Landtages.

Der Preußische Landtag ist für Dienstag, den 2. Oktober nachmittags 1 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht u. a. die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen und den Kreistagen; ferner sollen die Ausführungsanweisungen zu verschiedenen Lehrerbesoldungsgesetzen beraten werden. Neben kleineren Vorlagen steht außerdem noch die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Bereitstellung von weiteren Staatsmitteln zur Wiederinstandsetzung und Verbesserung staatlicher Hafenanlagen auf der Tagesordnung.

Die Dawes-Lasten.



Während vor vier Jahren der deutsche Steuerzahler mit 15,90 Mark jährlicher Dawes-Zahlung pro Kopf belastet war, soll er künftig mehr als das Doppelte, nämlich 38,75 Mark aufbringen. Dabei ist freilich zu beachten, daß diese Leistungen nicht in bar entrichtet sondern durch Sachleistungen abgegolten werden. So drückend diese Lasten sind, haben sie doch das gute, daß der Dawesvertrag die Arbeitslosigkeit mindert. Ohne Dawesvertrag hätten wir sicher einige Hunderttausend Erwerbslose mehr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0002

Tolstoifeier in Moskau.

Moskau feiert Tolstois 100. Geburtstag. Lunatscharski hält die Festrede.

Am 100. Geburtstag Leo Tolstois wurde das Andenken des großen russischen Dichters und Denkers durch eine prunkvolle Feier in der Moskauer Großen Oper geehrt. Volkskommissar Lunatscharski hat umgeben von den Vertretern der Sowjetregierung und vor einer glänzenden Versammlung in- und ausländischer Schriftsteller und Künstler die überragende Bedeutung Tolstois gewürdigt.

Der tote Tolstoi kann sich gegen solche Feiern nicht wehren. Aber es ist geradezu paradox, wenn die Sowjetregierung offiziell Tolstoi feiert, gleichzeitig aber Werke von Tolstoi auf den Index setzt und beschlagnahmen läßt und dem Sekretär Tolstois die Einreise zur Sowjetfeier verweigert. Wenn Tolstoi heute noch leben würde, dann würde er in Rußland zweifellos ebenso bekämpft werden wie Gorki und alle geistigen Kapazitäten, die gezwungen sind, im Auslande zu leben.

Bluttat eines Einbrechers.

Im Hause Badstraße 71, im Norden Berlins, schoß am Sonnabend mittag ein junger Mann, der in der Wohnung des jüdischen Tabakgroßhändlers Oscar Selzer im ersten Stock des Hauses eingedrungen war, die Wirtschafterin Frida Kirsch nieder und verletzte den acht Monate alten Sohn des Tabakhändlers durch einen Schenkelschuß. Der Täter wurde von den Hausnachbarn verfolgt und schoß sich, als er keinen Ausweg mehr fand, eine Kugel durch den Kopf. Sein Tod trat auf der Stelle ein.

Der Vorfall hat sich wie folgt abgespielt: Das Ehepaar Selzer hatte sich anläßlich des jüdischen Feiertages in die Synagoge begeben. In der Wohnung befanden sich die Wirtschafterin Frida Kirsch, eine zweite Hausangestellte, die 8jährige Regina und der 8 Monate alte Sohn Max. Als es klingelte, öffnet die Wirtschafterin, die den kleinen Max auf dem Arme trug. Vor der Tür stand ein junger Mann, der erklärte, Herr Selzer habe ihn gebeten, ein Gebetbuch zu holen, das er vergessen habe. Die Wirtschafterin war anfänglich im Begriff, der Forderung zu entsprechen, dann kamen ihr jedoch Bedenken. Sie beauftragte deshalb die kleine Regina, auf dem Fremden aufzupassen. Einige Sekunden später stürzte das Kindermädchen, mit dem 8 Monate alten Kind auf dem Arm nach dem Wohnungskorridor. In diesem Augenblick trat der Eindringling mit einer schwarzen Maske bekleidet, in die Wohnung. Als die Wirtschafterin herbeieilte, feuerte er sofort zwei Schüsse auf sie ab. Die Frau brach, in die Brust getroffen, zusammen. Ein weiterer Schuß traf das acht Monate alte Kind. Inzwischen war das Kindermädchen Agnes Petschel auf den Flur geeilt, wo sie laut um Hilfe rief. Als dann eine Polizeistreife und Passanten ins Haus stürmten, rannte der Täter die Treppen herunter, lief über den Hinterhof des Hauses in einen Seitenflügel hinein und rannte fünf Treppen hinaus, bis er an eine verschlossene Bodentür kam. Von den Polizeibeamten gestellt, schoß er sich schließlich eine Kugel in den Hinterkopf.

Die Wirtschafterin Frida Kirsch und das acht Monate alte Kind wurden ins Krankenhaus geschafft; die Wirtschafterin dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Eine Falschmünzerbande ausgehoben.

Die Kriminalpolizei in Hannover hat einer Falschmünzerbande das Handwerk gelegt, die mehrere tausend Zweimarkstücke hergestellt und das Falschgeld in der Hauptsache in Leipzig, Hamburg, Magdeburg, Berlin, Bremen und Dortmund umgesetzt hat.

In Dortmund war dieser Tage ein Mann verhaftet worden, bei dem 133 falsche Zweimarkstücke gefunden wurden. Der Festgenommene erklärte, die Geldstücke in Hannover auf der Straße gekauft zu haben. Die Kriminalpolizei stellte jedoch fest, daß der Festgenommene in Hannover ein elektrotechnisches Geschäft betrieb, in dem er sechs Angestellte beschäftigte; sein Bruder, ein Mechaniker, und ein Kaufmann waren in dem Geschäft als Gehilfen tätig. Mit ihnen hat der Festgenommene in den letzten Monaten nach Ladenschluß in Abwesenheit der Angestellten in der Werkstatt mit Hilfe vorzüglicher Hilfsmittel die falschen Geldstücke hergestellt und vertrieben. Einen Teil des zu der Falschgeldherstellung benutzten Materials und einige Falschgeldstücke hatte einer der Beteiligten vor dem Eintreffen der Polizei beseitigt. Das vorgefundene Material reichte jedoch zur Ueberführung aus. Die Beschuldigten haben ein umfassendes Geständnis abgelegt. Auf Grund dessen noch 2 weitere Mittäter, 2 Kaufleute, die in Hannover früher ein Drogengeschäft betrieben haben, festgenommen werden konnten; sie haben bereits vom Frühjahr 1927 ab in Gemeinschaft mit den anderen Verhafteten in gleicher Weise Falschgeld hergestellt. Die falschen Zweimarkstücke waren überaus täuschend nachgeahmt und trugen sämtlich das Münzzeichen D und die Jahreszahl 1926. Die Falschmünzer hatten es ängstlich vermieden, das von ihnen hergestellte Falschgeld in Hannover umzusetzen.

Ein neues Eberdenkmal. Der westlich von Köln liegende Ortsverein Gleuel der Sozialdemokratischen Partei hat unter großen Opfern der Mitglieder dem ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert an einer hervorragenden Stelle des Ortes ein Denkmal gesetzt. Auf zweieinhalb Meter hoher Säule, in einem ummauerten Platz, umgeben von schönen, alten Bäumen, erhebt sich die überlebensgroße Broncebüste Friedrich Eberts, ein Meisterwerk des Kölner Bildhauers Heinrich Geier.

Nach Unterschlagung von 18 000 Mark verschwunden ist der Leiter der Blindenabteilung (Rohstoffversorgung der Blinden) bei der Kreishauptfürsorgestelle in Augsburg, Eugen Renner. Der Flüchtige, der sich als eifriger Hitleranhänger in Augsburg betätigte, hat seine Betrügereien durch raffinierte Buchungen trotz wiederholter Revisionen monatelang verbergen können.

Jesuiten als Hotelbesitzer. Eines der größten Münchener Hotels, der „Reichsadler" am Karlstor, ist dieser Tage in den Besitz des Jesuitenordens übergegangen. Welche Pläne die Gesellschaft Jesu mit dem Hotel, in dem sich bisher die besuchteste Münchener Tanzdiele befand, verfolgt, ist einstweilen noch das Geheimnis der neuen Besitzer.

Die abgesagte Probefahrt. Das neue Luftschiff „Graf Zeppelin", das am Sonnabend in Friedrichshafen zu seinem ersten Probeflug aufsteigen sollte, mußte den Start in letzter Minute aufgeben, weil das Reichsverkehrsministerium den Aufstieg telegraphisch untersagte. Diese Entscheidung ist darauf zurückzuführen, daß das Luftschiff bisher noch nicht behördlich abgenommen ist und von Friedrichshafen aus einzelne Rückfragen der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt noch nicht beantwortet waren. Erst am Sonnabend abend hat das Reichsverkehrs-Ministerium telegraphisch nach Friedrichshafen mgiteteilt, daß Dr. Eckener auch ohne Zulassung die Erlaubnis zu Werkstättenfahrten ohne Passagiere innerhalb der Flughafenzone habe. Die Erlaubnis zu Fahrten über bewohntem Gebiet soll jedoch erst erteilt werden, wenn die notwendigen Nachweise erfolgt sind.

Der Mord im Bremer Eilzug. Der verfolgte Maler und Eisenbahnräuber Emil Hopp ist durch die Aussagen verschiedener Zeugen nunmehr endgültig als der Mörder des Direktors der Delmenhorster Margarinewerke, Franz Nordmann, erkannt worden. Eine Damenhandtasche, die der Ermordete bei sich führte, ist von Hopp während einer Fahrt in einem Droschkenauto in Hamburg liegen gelassen worden. Der Führer des Wagens hat die Tasche bei der Hamburger Polizei abgegeben und nach einem ihm vorgelegten Bild bekundet, daß der Fahrgast mit Hopp indentisch sei. Verschiedene Zeugen wollen den Raubmörder in den letzten Tagen in Wilhelmsburg bei Harburg gesehen haben.

Der künstliche Mensch.

„Robot", der ganz aus Metall hergestellte künstliche Mensch wird die diesjährige Londoner Ingenieur-Ausstellung am 15. September eröffnen. Er wurde von dem Ausstellungssekretär Ingenieur Richards konstruiert, kann auf Befehl die Hände heben, seinen Kopf bewegen, laufen und wird die feierliche Eröffnungsansprache mit Hilfe einer Funkeinrichtung und eines Lautsprechers „mündlich vortragen". Der „Robot" wiegt nur 100 Pfund und kann zu verschiedenen nützlichen Arbeitsverrichtungen verwendet werden.

Vier Kinder ermordet? In dem Städtchen Schömberg im Kreise Landeshut (Schlesien) sind der Bäcker Moschner und seine Ehefrau, eine frühere Kriegerwitwe, unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, vier außerehelich geborene Kinder der Frau ermordet zu haben. Das Ehepaar ist seit einem halben Jahre verheiratet; drei Kinder der Frau sind vor der Verheiratung gestorben, vor einigen Tagen verschied das vierte Kind. Die Obduktion der Leiche ergab, daß das Kind vergiftet worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat die Sezierung der Leichen der anderen drei Kinder angeordnet. Man vermutet, daß die Eheleute die Morde gemeinsam verübt haben, um die Sorge um die Kinder los zu werden. Von zwei Kindern ist Moschner der Vater.

Eisenbahnunglück in Polen. Bei Petrikau stieß wahrscheinlich infolge falscher Weichenstellung ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Von den Passagieren des Personenzuges wurde einer getötet und zwei schwer verletzt. Acht Güterwagen sind zertrümmert worden.

Das Schiffsunglück auf der Unterelbe. Die Leichen der bei dem Zusammenstoß eines englischen Kohlendampfers mit dem Vergnügungsdampfer „Königin Luise" auf der Elbe bei Blankenese ertrunkenen 19jährigen Hilde Fischer aus Elmshorn und der Hausangestellten Katharina Möller, die in Blankenese in Stellung war, sind jetzt in der Nähe des Unglücksortes an Land gespült worden. Der dritte Vermißte, der Prokurist Standke, ist noch nicht gefunden worden.

Zum Ozeanflug gestartet. Die Flieger Williams und Sabelli sind am Sonnabend nachmittag auf dem Flugplatz Hartford im Staate Connecticut mit dem Flugzeug „Roma" gestartet, um ohne Zwischenlandung von Amerika nach Rom zu fliegen.

Verschwinden die jüdischen Volksschulen? In ganz Preußen gibt es nur noch 96 jüdische Volksschulen. In Bayern gab es ehemals 150; im Jahre 1911 waren es noch 86, heute sind es nur noch die Hälfte. Das Gemeindeblatt der jüdischen Gemeind in Berlin sieht einen Grund dafür in dem ungeheuren Geburtenrückgang des jüdischen Volkes, verbunden mit der Abwanderung zu den höheren Lehranstalten.

Aus der Wirtschaft.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten meldet für den Monat August eine weitere Abschwächung des Inlandsgeschäfts; dagegen haben sich die aus dem Ausland einlaufenden Aufträge verbessert. Der Beschäftigungsgrad verringerte sich gegenüber den Vormonaten nicht.

Die schwarze Josefine wird Berlinerin

Josefine Baker,

die vielgenannte und gefeierte Negerländerin nimmt ständigen Aufenthalt in Berlin. Sie ist nicht nur für die Hauptrolle einer neuen Revue verpflichtet, sondern hat auch die Absicht, ein eigenes Kabarett zu eröffnen, in dem sie Direktorin, Spielleiterin und Star wird.

Gewerkschaftliches.

Ein Heim für Seeleute.

Den Seeleuten geht es wie den Sennern auf der Alm. Eine verlogene Romantik hat es fertig gebracht, daß die breite Oeffentlichkeit vielfach ganz falsche Vorstellungen über ihre Lebenslage hat. Ihre Lebensverhältnisse haben ganz und gar nichts Romantisches an sich: sie sind echt proletarische Lebensverhältnisse. So hat der Seemann, wenn er an Land geht, in 90 von hundert Fällen nicht einmal eine richtige Bleibe. Kein Wunder, wenn es in den Hafenstädten an der „Küste" von Kneipen und Spelunken nur so wimmelt, wo der in harter Arbeit sauer verdiente Lohn aus der Tasche gelockt wird. Die Seemannsmissionen, die vom Staat stark unterstützt werden, konnten keine Abhilfe schaffen. Die organisierten Seeleute haben deshalb seit Jahren die Errichtung von Seemannsheimen, frei von allem Missions- und Reedereieinfluß, gefordert. Ein erstes solches Seemannsheim wird dank der Initiative des Deutschen Verkehrsbundes nunmehr in Cuxhaven errichtet. Dieser Tage fand dort das Richtefest der Heimstätte für Seeleute statt.

Die Seemannsheimstätte in Cuxhaven soll ein modernes Heim für Seeleute, Hafenarbeiter, Fischereiarbeiter und andere Arbeitnehmer werden. Die Heimstätte enthält über 100 Fremdenzimmer, einen Speisesaal, einen Erfrischungsraum, ein Schreib- und ein Lesezimmer, eine große Badeanstalt, einen Vortragssaal und eine Herberge für wandernde Jugend. Anschließend an die Heimstätte wird, wie wir hören, auch noch ein großes Hotel errichtet, da man damit rechnet, daß in den kommenden Jahren in steigendem Maße, vor allem in den Sommermonaten, der Fremdenzustrom aus Arbeiterkreisen nach Cuxhaven zunimmt und mit Hilfe der Erträgnisse des Hotels auch eine finanzielle Unterstützung der Heimstätte sicher gestellt werden kann.

Ueber den großen kulturellen Wert moderner Heimstätten für Seeleute brauchen nicht viele Worte gemacht zu werden. Für den Seemann, der Wochen, Monate und Jahre lang nicht in der Lage ist, ein Familienleben zu führen, ist es von unschätzbarem Wert, wenn er für die Zeit seines Aufenthaltes an Land eine Bleibe hat, die frei ist von der Kneipenatmosphäre, ein Heim, wo Bildungsmöglichkeiten für ihn vorhanden sind und wo er auch mit der freigewerkschaftlichen Organisation, mit den Ideen der Gewerkschaftsbewegung in engere Fühlung und Berührung kommt.

Ein Kampfjahr.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1927.

Die Statistik des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes gibt zwar nicht ein vollständiges Bild aller im Deutschen Reich stattgefundenen Bewegungen und Kämpfe, da auch andere Organisationen neben den Freien Gewerkschaften an Arbeitskämpfen beteiligt sind. Da jedoch der bei weitem überwiegende Teil der deutschen Arbeiterschaft von dieser Statistik erfaßt wird, bildet sie eine zuverlässige Grundlage zur Beurteilung des Umfanges und des Charakters der wirtschaftlichen Bewegungen und Arbeitskämpfe. Nach dieser Statistik wurden im Laufe des Jahres 1927 insgesamt 14 367 Bewegungen geführt, die sich auf 737 387 Betriebe mit mehr als 16 Millionen Beschäftigten erstreckten. An der Durchführung der Bewegungen waren 14,9 Millionen Personen beteiligt, darunter 4,8 Millionen weibliche. Von den einzelnen Verbänden weisen die Verbände der Metallarbeiter mit 3,3 Millionen, der Textilarbeiter mit 2,8 Millionen, der Landarbeiter mit 2,5 Millionen und der Bergarbeiter mit 1,0 Millionen an den Bewegungen beteiligten Mitgliedern die höchsten Zahlen auf. Von allen Bewegungen verliefen 12 980 mit 14,1 Millionen Beteiligten gleich 94,5 Prozent der Gesamtzahl friedlich, während es in 1387 Fällen zu Arbeitseinstellungen, sei es durch Streiks oder Aussperrung, kam, von denen 632 322 Personen, darunter 171 614 weibliche Personen betroffen wurden. Im einzelnen erfolgten 166 Aussperrungen seitens der Unternehmer, die 311 247 Personen betrafen, also fast die Hälfte aller an Arbeitseinstellungen beteiligten Personen. Am meisten wurde von den Arbeitseinstellungen betroffen der Metallarbeiterverband, dann der Textilarbeiterverband, der Tabakarbeiterverband und der Bergarbeiterverband. Die Gesamtkosten der Bewegungen betrugen für die beteiligten Verbände zusammen 10,5 Millionen Mark, von denen 8,9 Millionen auf die Arbeitskämpfe kamen. Die Aussperrungen verursachten eine Ausgabe von 3,1 Millionen Mark. Was den Erfolg der Bewegungen anbelangt, so hatten von den 16 Millionen Beteiligten 13 Millionen gleich 87,5 Prozent einen Erfolg in Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Vergleichszahlen betragen für das Krisenjahr 1926 nur 66,5 Prozent, für 1925 89,7 Prozent und für 1924 85,0 Prozent. 2,1 Millionen Personen erreichten eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 7,5 Millionen Stunden pro Woche, 10,1 Millionen Personen eine Lohnerhöhung von 22,9 Millionen Mark, was auf den einzelnen berechnet eine durchschnittliche Wochenlohnerhöhung von 2,54 Mark bedeutet. Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse infolge ungünstiger Bewegungen waren, an den Gesamterfolgen gemessen, gänzlich bedeutungslos; für 2664 Personen trat eine Arbeitszeitverlängerung von insgesamt 7854 Stunden pro Woche ein, für 51 514 Personen eine Lohnverkürzung von 180 000 Mark pro Woche.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0003

Jacob Speier

DAS HAUS DER MODEN

HALBERSTADT

DAS HAUS DER MODEN

ERÖFFNET

DIE NEUEN GESCHÄFTSRÄUME

FISCHMARKT No. 10/11

Mittwoch den 19. September 11 Uhr

Am Dienstag, den 18. ds. Mts., bleibt mein Geschäft wegen des Umzuges geschlossen

---

Stadt-Theater

Montag, den 17. September 1928, geschlossen.

Dienstag, den 18. September 1928, 20 Uhr

Erstaufführung:

Und das Licht scheinet in der Finsternis

Drama in 4 Akten von Leo Tolstoi

Preise I (0,50 bis 3.80 Mk)

Kammer-Lichtspiele

Heute Montag letzter Tag:

„Lotte Neumann". Einzigstes Filmwerk.

Von Dienstag bis Donnerstag

2 Groß-Filme I. Qualität

Zar und Dichter

Das Drama am Hofe des Zaren

Alexander Puschkin

Rußlands größter Dichter des 19. Jahrhunderts und seine abenteuerlichen Erlebnisse am Hofe Zar Nikolai I.

Prunk- u. Ausstattungsfilm in 6 Akten.

(Die Aufnahmen wurden an Ort und Stelle im Petershof gedreht.

Aus dem Filmwerk:

(Gartenfest im Petershof.) (Maskenball.) (Wasserspiele.—Liebesspiele.)

Hauptdarsteller:

Starke Männer u. prächtige Frauengestalten beleben die Behandlung. (K. N. Karenin), (B. Tamarin), (Tscherwiakow), (J. W. Wolodtka), (S. Weleskaja).

Ferner:

Cilly Feindt die jugendliche Filmdiva in dem Sitten-Drama

Gefährdete Jugend

(8 Akte aus dem Leben einer Unschuldigen)

Livio Pavanelli, Hans Mierendorf, Max Landa, Fritz Spira, Albert Paulig, Hermine Sterler, Leen Epp.

Anfang 4½, 7¼ Uhr und 8½ Uhr.

Von der Reise zurück!

Dr. Myckert

Bekanntmachung.

Herbstmarkt.

Der diesjährige Herbstmarkt in Osterwieck a. H. findet am **Dienstag, den 2. Oktober** (Vieh-, Kram- und Wollmarkt) und **Mittwoch, den 3. Oktober** (Kram- und Wollmarkt) statt. Der Auftrieb des Viehes darf nicht vor 9 Uhr beginnen und muß um 10½ Uhr beendet sein.

Jede weitere Auskunft erteilt unser Marktmeister, Herr Polizei-Hauptwachtmeister Reckmann.

Osterwieck a. H., den 14. September 1928.

Der Magistrat, Hartmann.

Schlachthof-Freibank Dienstag von 8 bis 10 Uhr

Schweinefleisch, rob 70 Pfg., gedämpft 60 Pfg

Rindfleisch, rob 70 Pfg.

Schönherr-Konzerte

Sichern Sie sich Ihren ständigen Abonnementsplatz für 4 Künstlerkonzerte u. einen Tanzabend in Buchhandlung Schönherr

Int. Konzert-Betriebs-Ges. m. b. H., Berlin W. 62.

Sternwarte

Jeden Dienstag:

Tanz-Abend

Jeden morgen früh ab 9 Uhr

frische See-Fische

Grüne Heringe :: Neue Voll-Fettbücklinge

Fisch-, Wild-, Geflügel-Spezial-Geschäft

Harsleberstraße 9. Harsleberstraße 9.

Immer daran denken:

Henko

ist besser!

Henko macht das härteste Wasser schnell weich! Henko löst beim Einweichen spielend den Schmutz von der Wäsche! Henko ist beim Putzen und Scheuern billig und leistet sehr viel!

Biochemie! Naturheilverfahren!

Homöopathische Behandlung

Agathe Dedek

Walter Rathenaustr. 43 Walter Rathenaustr. 43

Sprechstunde: **Donnerstag von 9—12 Uhr u. 1—4 Uhr, Dienstag, Freitag, Sonnabend von 10—12 Uhr.**

Auf Wunsch Hausbesuche

Obst-Verkauf

Ammandelies, Butterbirnen 5 Pfd. 75 Pfg. kleinere 5 Pfd. 60 Pfg. kleine Grießbirnen 5 Pfd. 40 Pfg.

Obstlager Fredersdorf

Harmoniestr. gegenüber der Kaserne.

Feinste, neue, fette

Vollheringe

Stück 10 Pfennig

neue nur

Milchn.-Voll-Heringe

Stück 15 Pfennig

feinste Matjes

Stück 20 Pfennig

Tägl. ir. Fettbücklinge

Ad. Alsleben Nachf.

Hohweg 43. Tel. 2490.

Wohnungs-Tausch!

Stube, Kammer, Küche gegen 4- od. 5-Zimmer-Wohnung zu tauschen. Angebote unter E 272 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie.

Die Ziehung der Schluß-Klasse ist beendet. Die Amtliche verkäufliche Gewinnliste zu 5 Pfennig erscheint am 20. September.

Sämtliche Gewinner werden von mir auf Grund der Privatliste in den nächsten Tagen schriftlich benachrichtigt.

Die Erneuerungslose (Stammlose) zur 32. (258.) Lotterie müssen bis 1. Okt. abgeholt oder fest bestellt werden!

Zahlung wird auf Wunsch bis 15. Oktober gestundet.

Ziehung der ersten Klasse beginnt am 19. Oktober.

Neu hinzutretende Spieler tun gut daran, ihre Lose baldigst zu kaufen oder zu bestellen.

Junkermann. staatl. Lott.-Einnehmer **Ritterstr. 13**

Fernr. 1669. Postsch. Magdeburg 15 839. gegenüb. d. Harsleberstr.

Kaufe ständig:

Möbel

Nachlässe, Wohnungs-Einrichtungen.

Danneberg

Westendorf 6.

Präpar. Viebleberthran

Blob-Lebertran-Emulsion

Rats-Apotheke.

Kaiser-Apotheke

Walter Rathenaustr. 43

empfiehlt als:

Nervenmittel

Blogenpillen

Nervenzalz

Nervenee

Trotz größtem Erfolg keine Verlängerung des Spielplans!

Heute **Montag** letztmalig

„Die weiße Sklavin"

Das ergreifende Schicksal einer Europäerin im fernen Osten.

Vom Dienstag bis Donnerstag bringen wir den großen **deutschen Zirkusfilm**

Manege

MASKEN-ABENTEURER UND ARTISTEN

MARY JOHNSON
KURT GERRON
ERNEST VAN DÜREN
RAIMONDO VAN RIEL
LUCIE HÖFLICH

REGIE: MAX REICHMANN

Defina

Die ganze unbeschreibliche Atmosphäre des Zirkus mit seinem bunten Durcheinander, das Leben hinter den Kulissen, die kleinen Tragödien und Komödien der Artisten ziehen in prächtig erlaßten Bildern in stets wechselndem Tempo vorüber.

Die Braut am Scheidewege

Eine lustige Angelegenheit zwischen Paris und New York, der Pelzkonfektion und der Untergrundbahn mit

Dorothy Mackaill und Jack Mulhall.

Kulturschau :: Wochenschau

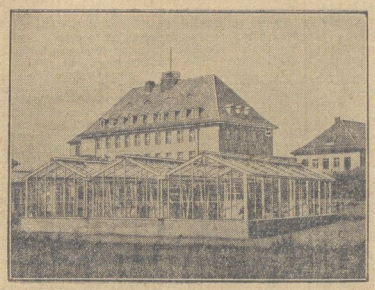
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 219. Dienstag, 18. September 1928. 3. Jahrgang.

Das Institut für Züchtungsforschung.

Die Schöpferwerkstatt in Müncheberg.



Gesamtansicht des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung in Müncheberg.

Prof. Dr. Erwin Baur.

Ende September wird im märkischen Kleinstädtchen Müncheberg bei Berlin das neue Institut für Züchtungsforschung seine Tätigkeit aufnehmen. Das ist zunächst eine Angelegenheit, die Prof. Dr. Baur, der dort mit einem Stab von 25 Wissenschaftlern arbeitet, angeht. Wir hoffen aber, daß bald unsere Landwirtschaft und unsere Handels- und Zahlungsbilanz, kurz gesagt unser ganzes Wirtschaftsleben von den Schöpfungen in Müncheberg profitieren. Mit den Arbeiten des neuen Forschungsinstituts tritt der wichtigste Teil der landwirtschaftlichen Rationalisierung in Funktion. Die Hoffnungen, die wir an Müncheberg knüpfen, sind sehr groß; nach allem, was wir von den Vorbereitungen in Müncheberg erfahren, können wir die Gewißheit haben, daß diese Hoffnungen nicht getäuscht werden.

Alljährlich werden in unserer Landwirtschaft durch Frost und Schädlinge unzählige Pflanzen vernichtet. Die Verluste dürften Milliarden ausmachen, die dem Volksvermögen verloren gehen. Allein die Bekämpfung der Reblaus koste in Deutschland jährlich etwa 80 Millionen Mark. Trotzdem haben wir die Möglichkeit, durch sorgsam gezüchtete Pflanzenrassen diese Verluste auszuschalten. Jedes Kind weiß heute, daß es in Nordamerika Reben gibt, denen Reblaus und Pilze nichts anhaben können. Man züchtet heute Pflanzen, die die Kälte des Winters sehr gut ertragen und die gegen eine der gefährlichsten Krankheiten, den Rost, unempfindlich sind. Man hat einen Weizen gezüchtet, der auch im strengeren nördlichen Klima gedeiht. Mit diesem Weizen ist es z. B. Kanada gelungen, sein Weizenanbaugebiet weit nach dem Norden vorzuschieben, womit es erst das große Weizenreservoir der Erde wurde. Naturgemäß können diese Erfolge nur die Resultate einer gründlichen wissenschaftlichen Forschung sein. In den wichtigsten Kulturländern bestehen seit Jahr und Tag Institute für Züchtungsforschung, die ausgezeichnet ausgerüstet und gut geleitet sind. Sie wollen nicht nur die Pflanzen gegen Witterung und Krankheit widerstandsfähiger machen, sondern auch den Ertrag der Pflanzen erhöhen. In Deutschland sind entsprechende Arbeiten unter Leitung der „Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" bisher in Dahlem durchgeführt worden. Jetzt bekommen die deutschen Forscher in Müncheberg ein eigenes Institut und ein eigenes Heim.

Das Institut in Müncheberg ist zwar nicht das größte, aber ohne Zweifel das am besten eingerichtete in der ganzen Welt. Der Mittelpunkt der Anlage ist das auf einem Hügel gelegene Laboratoriumsgebäude. Hier wird man zahlreiche Untersuchungsreihen durchführen, als deren Ergebnis erhebliche Verbesserungen unserer Kulturpflanzen zu erwarten sind; als Versuchsgelände steht eine Fläche von 600 Morg. zur Verfügung; selbstverständlich ist eine Erweiterung des Gebietes zu jeder Zeit möglich. In den Kellern sind Spezziallaboratorien für Arbeiten mit Futter- und Zuckerrüben untergebracht. Dort befinden sich auch Lagerräume für Kartoffelversuchssorten, ein Röntgenlaboratorium und eine photographische Dunkelkammer. Mit Hilfe der Röntgeneinrichtung will man feststellen, wie weit es möglich ist, durch den Einfluß von Rentgenstrahlen neue Pflanzenrassen zu züchten. Zur Prüfung winterharter Pflanzen dient eine Kälteanlage. Mit ihrer Hilfe werden die Kellerräume auf Temperaturen zwischen 0 und minus 33 Grad Celsius gebracht. Auf den umfangreichen Böden arbeiten Saatreinigungsmaschinen, wodurch man ein einwandfreies, vor allem von Unkraut gesäubertes Saatgut erhalten will. Selbst einen Vortragssaal hat man eingebaut, in dem von Zeit zu Zeit interessierte Landwirte sitzen sollen, um zu hören, was man in Müncheberg zu Wege gebracht hat. Ueberhaupt ist das Institut gewillt, in engster Verbindung mit den Männern der Praxis zu arbeiten.

Das zum Forschungsinstitut gehörige Gut ist als Musteranlage zu betrachten. In Vorbereitung befindet sich die Konstruktion einer großen Beregnungsanlage. Die ersten Arbeiten erstrecken sich auf die Züchtung neuer Arten von Kartoffeln, Futter- und Zuckerrüben und von Getreide. Daneben wird die Obst- und Gemüsesichtung eine besondere Rolle spielen. Man darf sich jedoch kein falsches Bild von diesen Arbeiten machen und darf vor allem nicht die Schwierigkeiten unterschätzen: Aus primitiven Pflanzenrassen, die zur Kreuzung kommen, können unter Umständen viele tausend neue Sorten entstehen. Jede dieser neuen Sorten muß auf dem Versuchsgelände sorglich gepflegt und beobachtet werden. Man muß sozusagen über jede einzelne Pflanze Buch führen, damit man die gewonnenen Ergebnisse auswerten und aus vielen tausenden Versuchspflanzen die Sorte herausfinden kann, die sich für einen bestimmten Zweck, einen bestimmten Boden und ein bestimmtes Klima besonders eignet. Wissenschaftliche Synthesen, wie sie in Müncheberg vorgenommen werden, können Jahre dauern, ehe der Forscher seine mühevolle Arbeit belohnt sieht. Wenn es aber gelingt, den Ertrag der deutschen Getreideproduktion auch nur um 10—20 Prozent zu steigern, dann ist Deutschland von dem Alpdruck der steigenden Lebensmittelimporte befreit, dann würde sich die Herstellung von synthetischen Massenartikeln wie Benzin und Gummi durch die Pflanzenzüchtung in einer ausgeglichenen deutschen Außenhandelsbilanz ergänzen. In Schweden ist es dem Botaniker Nilssohn-Ehle möglich gewesen, durch ideale Kreuzung den Ertrag des schwedischen Weizens sogar um 48 Prozent zu steigern. Sollen wir daran zweifeln, daß in Müncheberg Aehnliches möglich ist? Wir glauben an die Arbeiten von Müncheberg und bedauern nur, daß man nicht größere Mittel dort investiert und daß man nicht schon früher der Pflanzenzüchtung dort ein ideales Heim geschaffen hat. Große Summen, für andere Zwecke nutzlos verschleudert, hätten sich in Müncheberg, rechtzeitig gegeben, heute schon tausendfältig verzinst. Vielleicht gäbe es, wenn man anders gehandelt hätte, heute in Deutschland keine Agrarkrise.

Wie die deutsche Arbeiterschaft den Problemen gegenübersteht, beweist die Tatsache, daß Vertreter der Freien Gewerkschaften im Kuratorium des Züchtungsinstituts sitzen. Das entspricht nur alter und guter Tradition der deutschen Arbeiterschaft. Sie erwartet hinsichtlich der Agrarkrise von Technik und Wissenschaft alles, von Subventionen und Schutzzoll nichts.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, den 17. September.

Eine Reichs-Unfallverhütungswoche.

Der Landesausschuß für Hygienische Volksbelehrung schreibt uns: Fast täglich berichten die Zeitungen von Unglücksfällen, die durch Unachtsamkeit, Leichtsinn und dergl. entstanden sind und nicht selten wertvolle Menschenleben vernichtet haben.

Daher wird es gewiß allgemein begrüßt werden, daß die Verbände der Berufsgenossenschaft, denen gesetzlich die Pflicht der Unfallverhütung obliegt, gemeinsam mit allen an der Unfallverhütung der Volksgesundheit interessierten Organisationen, Verbänden usw. in den Tagen vom 20. bis 26. Januar 1929 eine Reichs-Unfallverhütungs-Woche (RUWo) veranstalten. Auch der Reichsausschuß für hygienische Volksbelehrung hat seine Mitarbeit und seine Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt. Das Ziel der Reichs-Unfallverhütungs-Woche ist, durch eine großzügige Aufklärungsaktion unter den Arbeitern, Angestellten und im großen Publikum, speziell auch in den Schulen, Verständnis für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Unfallverhütung zu erwecken, um dadurch die noch immer ungewöhnlich hohen Unfallziffern in öffentlichen, gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, Verkehrsmitteln und dem Straßenverkehr herabzumindern. Eine derartige, auf ein enges Gebiet beschränkte und dadurch umso wirkungsvollere Propaganda liegt natürlich im Allgemeininteresse. Möge es gelingen, nicht nur sonst nutzlos vergeudete Volksvermögen zu ersparen, sondern vor allen Dingen Arbeitsfähigkeit und Arbeitskraft auf diesem Wege erhalten zu helfen.

---

* **Erleichterung der Verwandtenenwanderung nach den Vereinigten Staaten von Amerika.** Mit dem 1. Juli 1928 sind bedeutende Erleichterungen für die Einwanderung von ausländischen Frauen und unmündigen Kindern amerikanischer Bürger nach den Vereinigten Staaten von Amerika in Kraft getreten. Ebenso können nunmehr auch die Gatten amerikanischer Bürgerinnen, deren Ehe vor dem 1. Juni 1928 geschlossen wurde, und Frauen, die ihr amerikanisches Bürgerrecht durch Heirat mit einem Ausländer verloren haben, unter gewissen Bedingungen frei einwandern. Die bevorzugte Behandlung von Einwanderungsanträgen von Frauen und unmündigen Kindern gesetzlich in die Vereinigten Staaten eingewanderter Personen, die das Bürgerrecht noch nicht besitzen, ist ebenfalls im Sinne einer Erleichterung neu geregelt worden. Mit allen diesbezüglichen Fragen wende man sich an die Mitteldeutsche Auswandererberatungsstelle beim Institut für Auslandkunde, Grenz- und Auslanddeutschtum in Leipzig N. 22, Friedrich-Karlstraße 22.

Frau Spatz und ihre Töchter.

Roman von Else Rema.

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle a. d. S.

5. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Freilich, freilich", sagte Adolf Spatz, und dachte an seine kleinen Geldgeschäftchen, die alle zu seinem Vorteil ausschlugen.

„Wenn ich nicht den Mann bekomme, wie ich ihn mir wünsche, bleibe ich auch lieber unverheiratet", warf Luise ein, die mit ihrem rotblonden Haarkrönchen aussah, wie eine verwunschene Prinzessin.

Mile schwieg. Sie aß und trank mit gutem Appetit.

„Meine Mile wird keine alte Jungfer", sagte ihr Vater, mit zärtlichem Blick auf sein jüngstes Töchterchen.

„Das beabsichtige ich auch gar nicht. Er braucht nicht reich zu sein, und keine Hochzeitsreise mit mir zu machen. Wenn ich ihn nur lieb habe und er mich, das ist die Hauptsache."

„Mile richtet sich 'n Schrebergarten ein", sagte Mieze spöttisch, „und zieht sich ihr Gemüse selbst."

„Einen Garten wünsche ich mir und eine Menge Hühner dazu."

Adolf Spatz lächelte. „Kinder, es kommt immer alles anders im Leben, als man es hofft und wünscht." Innerlich segnete er sich für seine Vorsicht, die ihn den Stand seines Vermögens vor keiner Familie geheimhalten ließ. Wenn es an der Zeit war, würde er schon nicht knausern. Aber gerade, weil seine Töchter so außergewöhnlich hübsch waren, sorgte er sich um sie. Man war da nie vor Extratouren sicher.

Wenn Luise auf der Straße ging, blickten ihr die Männer alle nach, er hatte es gelegentlich beobachtet, und der Gedanke ließ ihm keine Ruhe, daß sie eines Tages über ihren Stand hinausstreben könnte, und das tat, seiner Meinung nach, niemals gut.

„Kinder, ihr wißt, ich habe mich immer in vornehmen Kreisen bewegt, es wäre mir jedoch niemals eingefallen, Vergleiche zu ziehen und über die Grenzen hinauszustreben, die mir meine Geburt gezogen."

„Mädchen aus dem Volke sind Prinzessinnen geworden", sagte Luise, „ich habe es in einem Geschichtsbuch gelesen."

Johanna sah ihre schöne Töchter stolz an. Ihr Ehrgeiz reckte wieder sein Medusenhaupt. Luise war zur Stenotypistin wirklich zu schade. Aber wie sollte sie es nur anfangen, das Mädel auf den richtigen Weg und den richtigen Platz zu bringen, damit ihre Schönheit und Klugheit nicht ungenützt verpufften. Die Weisheit, die ihr Mann soeben verzapft hatte, war eindruckslos an ihr vorübergegangen, sie hatte nichts übrig für seine Bescheidenheit, die sie bei sich Duckmäuserei nannte.

„Meine Beliebtheit in vornehmen Kreisen verdanke ich nur meiner Bescheidenheit", fuhr Adolf Spatz fort, „das könnt ihr mir glauben."

„Bescheidenheit ist eine schöne Sache", sagte Johanna Spatz, „aber du bist allezeit ein zu großer Duckmäuser gewesen, Adolf. Wenn man was leistet, muß man sich auch durchsetzen, und sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Warum soll man nicht höher hinausstreben? Meinst du, ich will ewig Obst und Gemüse verkaufen? Du bist kein Mann der Tat, sonst säßest du längst in einem großen Laden in der Leipziger Straße, und ich spielte die Kassiererin, die die Bons aufspießt."

Mit einem hörbaren Ruck schob sie die Kaffeetasse von sich, und stand auf, denn sie hatte mit seinem Ohr Schritte im Laden gehört.

„Und was meine Mädels anbelangt, so sollen sie keine unvernünftigen Ansprüche machen; doch sie sollen vorwärts kommen im Leben, das Zeug dazu haben sie in sich." Dabei streifte ihr Blick das hübsche Luischen, und im nächsten Moment war sie verschwunden.

Eine Balleinladung, die der Vorstand des Genfer Bundes der Familie Spatz übersandte, unterbrach das Einerlei der Tage. Selbstverständlich würde man gehen, denn wenn man erwachsene Töchter hatte, durfte man die Würde der Würde nicht scheuen. Frau Johanna Spatz fühlte sich außerdem noch nicht als richtige Ballmutter, sie tanzte selbst noch gern und war durchaus nicht abgeneigt, sich einmal ordentlich zu amüsieren. Nur sagte ihr die Gesellschaft nicht recht zu. Kellner schienen ihr nicht die passenden Kavaliere für ihre schönen Töchter, doch ihr Mann versuchte sie zu belehren, daß aus Kellnern oft die bedeutendsten und tüchtigsten Hoteliers sich entwickelten; er fand jedoch keinen Glauben bei ihr.

„An die habe ich es nicht gesehen", sagte Johanna Spatz, „ich habe dich als Ober gehe'ratet, und der bis du geblieben, bis zum heutigen Tage."

Adolf Spatz fand nicht die passende Erwiderung, er fühlte sich durchaus als Ausnahme, als ein Kellner von besonderem Format, er verfügte aber nicht über die Kraft, seine Frau davon zu überzeugen.

Mieze und Luise freuten sich auf den Ball, doch wandelten sie in den Bahnen der Mutter. Mieze schwärmte für reiche Fabrikbesitzer, und Luise träumte von Majoratsherren.

Einen Keller wollten sie schon darum nicht heiraten, weil er die Sonntage niemals frei hatte.

„Mußt auf den Presseball gehen, mein Miezeken", sagte der Vater ironisch, „und Luischen auf den Alpenball."

Beider Augen leuchteten.

„Meinst du etwa, wir würden weniger Tänzer haben, als die Geheimratstöchter", fragte Luise, mit sehnsüchtigem Glanz in ihren Augen, „es kommt nur auf die Kinderstube an, in die man hineingeboren wird." Das hatte sie irgendwo gelesen, aber auch richtig begriffen.

„Ihr seid dumme Gänse," sagte Adolf Spatz, und grollte seiner Frau in Gedanken, die ihre Töchter so falsch erzogen hatte. „Hättet ihr lieber ordentlich kochen gelernt, wie Mile, dann brauchte ich mich nicht um euch zu sorgen."

Mieze verzog den Mund schnippisch.

„Abwarten und Tee trinken, Vater. Soviel ist sicher, ich stelle mich nicht an den Herd, wenn ich einmal verheiratet bin. Da kann mein Mann lange warten. So blau!"

„Es soll mich freuen, wenn du deine Vorsätze durchführen kannst, mein Kind, aber merke es dir, was dein alter Vater sagt: Eine Frau, die nicht kochen kann, ist nur halb, sie hat keinen Wert für ihren Mann."

An dem Ballabend wurde das Geschäft pünktlich um sieben Uhr geschlossen.

Man hatte eine Friseuse bestellt, denn bei drei Köpfen bekam man Engrospreis. Das Wohnzimmer war zum Ankleideraum verwandelt, in dem es nach heißen Brennesen, nach gestärkten Röcken, nach billiger Toilettenseife, nach Puder, aber auch ein wenig nach Sauerkraut roch, denn man hatte am selben Tage ein frisches Faß bekommen, und Mile hatte die Gelegenheit benützt, um dem Vater sein Leibgericht, Schweinsknöchel mit Sauerkraut, zu kochen.

Auf dem Ledersofa und dem Lehnsessel am Fenster lagen Strümpfe, Bänder, intime Wäschegegenstände, und die Fächer der Damen, die aus der billigen Woche eines Warenhauses stammten. Mieze und Luise hatten gerötete Wangen, Johanna Spatz glänzte über und über im Gesicht, denn sie hatte ihr Gesicht mit Seife abgerumpelt. Die Friseuse schwatzte, und überhörte gestissentlich, wenn ihr Opfer leise Wehlaute von sich gab. Unbarmherzig pikte sie die kleinen Lockennadeln in den Aufbau, den sie aus dem blonden dichten Haar ihrer Kundin türmte. Auch Luischen und Mieschen wurden frisiert. Als alle drei Damen fertig waren und die Fri-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0005

Aus dem Wochenprogramm des Mitteldeutschen Rundfunks.

Die Orgel der Leipziger Matthäikirche im Rundfunk. Aus der alt-ehrwürdigen Leipziger Matthäikirche bringt die Mirag am Donnerstag, den 20. September ein Orgelkonzert, an dem das Leipziger Sinfonieorchester mitwirkt. Der berühmte Matthäikantor Max Fest spielt die Orgel, Solisten sind Trude Seeck (Gesang), Konzertmeister Max Krämer (Violine), Dr. H. Schultz (Cembalo). Zur Aufführung kommen Werke von Händel, Bach, Veracini und Bossi.

Uebertragung der Oper „Manon Lescaut“ aus dem Dresdner Opernhaus. Das staatliche Dresdner Opernhaus steht immer noch mit an der Spitze aller deutschen Musikbühnen dank seines ausgezeichneten Ensembles u. eines Orchesters das unter Generalmusikdirektor Fritz Busch seinesgleichen sucht. Es ist deshalb Bestrebung der Mirag, aus dem Spielplan der Dresdener Oper diejenigen Werke auf ihren Hörerkreis zu übertragen, die funktechnisch für die Sendung geeignet sind. So wird gleich nach Wiederbeginn der Spielzeit am Sonnabend, den 22. September, 19.30 Uhr, die Oper „Manon Lescaut“ von G. Puccini auf Mitteldeutschland übertragen werden, — ein Werk, das mit seiner hinreißenden Melodik und dramatischen Kraft eines der besten Werke des italienischen Meister= ist. Am Vorabend, Freitag, den 21. September, wird Dr. Ernst Latzko um 18 Uhr einen einleitenden Vortrag über die Oper halten.

— **Jubiläumsfeier der Baugewerkschaft Wernigerode.** Den Pionieren der Bauarbeiter war der Sonnabend abend im Monopol geweiht. Zwei Längstafeln durch die Mitte und die Breite des Saales waren mit Eichenlaub geschmückten Stühlen umgeben, auf denen Jubilare mit Frauen Platz nahmen. Von der Bühne sahen die Bilder der Führer und wehte die neue Baugewerksfahne. Unter der zahlreichen Schar der Erschienenen sahen wir manchen Kämpfer der alten Zeit, leider aber nicht den Mitbegründer Genosse Niewerth, der infolge Todesfalls in der Familie fernblieb. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Gen. Aug. Schrader, hielt die Festansprache der 2.Bundesvorsitzende, Herm. Tennies-Hamburg, der selbst ein Kind des Harzes ist. Der Redner wandte sich an die Jubilare, 10 von ihnen sind 25 Jahre Mitglieder und 40 Jubilare noch länger, und überbrachte ihnen die Glückwünsche des Verbandes. Besonderes Lob gebühre auch den Frauen dieser Kollegen, die im Kampf um die freigewerkschaftliche Idee ihren Männern treu zur Seite standen. Der Redner streifte dann in großen Zügen die Entwicklung der Organisation und der schweren Kämpfe. Die besondere Art der Festansprache verfehlte ihre Wirkung nicht. Für den Bezirksvorstand Sachsen-Anhalt überbrachte die Grüße der Gen. Thiele, der ein dreifaches Hoch auf den Baugewerksbund, die Baugewerkschaft Wernigerode und die Jubilare ausbrachte. Ein Diplom wurden den Kollegen Otto Barner, Karl Brauckhoff, Karl Dickhut, Heinrich Köhler, Gustav Marquardt, Otto Pusemann-Ilsenburg, Fritz Schökel, Ernst Schrader, Gustav und Karl Schubbert überreicht. Außerdem erhielten alle 50 Jubilare die silberne Verbandsnadel. Die Kapelle Ostermeyer sorgte für Unterhaltung. Man blieb noch mehrere Stunden in harmonischer Stimmung zusammen.

— **Christliche Nächstenliebe.** Die Kirchengemeinde „Unserer lieben Frauen“ verlangt von einem Blinden, der selbst keine Steuern zahlt, noch 17,60 Mark Kirchensteuer. Es bleibt ein Rätsel, von welchem Einkommen diese Summe berechnet wurde. Man drohte dem blinden Kirchenmitgliede auch noch mit Pfändung. Das Verhalten ist alles andere als christliche Nächstenliebe.

— **Der kommunalpolitische Parteikursus,** der jetzt in der Zeit vom 9. bis zum 15. September hier im Monopol stattgefunden hat, ist am Sonnabend zu Ende gegangen. Am Freitag abend vereinigten sich die Teilnehmer zu einer Abschiedsfeier, zu der auch eine Anzahl hiesiger Parteimitglieder sich eingefunden hatte. Nun gilt es, das Gehörte in der Heimat so zu verwerten, daß die Partei auch den gewünschten Vorteil davon hat.

— **Metallarbeiter an die Front!** Am Sonnabend, den 22. September, begeht der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Wernigerode, das Fest des 25jährigen Bestehens. Gleichzeitig ist damit eine Ehrung der heute noch in der Organisation tätigen Gründer verbunden. Es sind dies die Koll. Schlosser Heinrich Groß jun. und Friedrich Kuring, Metallarbeiter Reinhold Neumann, Friedrich Möser, Friedrich Franke, Heinrich Geßler, Karl Neubauer, Friedrich Baake und Schmied Albert Schmidt, sämtlich in Wernigerode und der Kernmacher Karl Werner in Ilsenburg. Die gesamte Arbeiterschaft rüste daher zum Sonnabend, um im Monopol die Jubilare in gewohnter Weise zu ehren.

— **Nöschenrode.** (Steuerzahlung.) Die bis zum 15. dieses Monats und auch für die zurückliegende Zeit fällig gewesenen und nicht gestundeten Grundvermögenssteuern, Gemeindezuschläge und Hauszinssteuern sind nunmehr binnen 3 Tagen an die hiesige Ortssteuerkasse zu zahlen.

Aus Halberstadt.

Sportfest der Schutzsportabteilung.

Die hiesige Schutzsportabteilung des Reichsbanners hielt am Sonnabend und Sonntag ihr großes Sportfest ab. Von Nah und Fern waren die Kameraden gekommen, um Grüße zu überbringen und sich am Fest zu beteiligen. Abends um 9 Uhr wurden die mit der Bahn gekommenen Kameraden am Bahnhof in Empfang genommen und mit Musik zum Standlokal gebracht. Den Empfängen schloß sich ein Begrüßungabend im Odeum an, der um halb 11 Uhr eröffnet wurde. Der Sängerbund sang „Lord Foleson“ und „Zieh mit“. Kam. Bordach sprach die Henckellsche Dichtung „An die werktätige Jugend“. Darauf begrüßte Kam. Wagenführ die Jugendkameraden. Dann sprach vom Gauvorstand Kamerad Wille-Magdeburg und hieß die Erschienenen willkommen. Die Arbeiter-Schwimmer warteten mit gut gelungenen Plastiken auf, von denen besonders das Bild „Treibt Sport“ gefiel. Der Turnverein überraschte durch neue rhythmische Tänze und Uebungen. Dann wurde vom Ben. Bordach noch „Das Gebet des deutschen Spießbürgers“ und „O, du Halberstadt“ vorgetragen. Den Abschluß bildeten weitere Plastiken der Arbeiter-Schwimmer.

Am Sonntag morgen 6 Uhr veranstaltete das Trommlerkorps ein Wecken. Um 8 Uhr versammelten sich die Schutzsportler im Gewerkschaftshaus und zogen nach dem Anger, wo sie ihre Kämpfe im 100 m-Lauf, 4 mal 100 m-Staffel, Hochsprung, Weitsprung, Kugelstoßen, Keulenweitwurf und Handball austrugen. Mittags um halb 12 Uhr wurde eine Staffel quer durch die Stadt gelaufen. Sie berührte vom Torteich aus die Straßen Johannesbrunnen, Lichtengraben, Hoheweg, Gerberstraße, Schuhstraße, Breiteweg, beide Märkte, Schmiedestraße, Westendorf, Grudenberg, Drachenloch und endete auf dem Domplatz. Am Sonntag mittag um 1,45 Uhr traf eine Radfahrstafette von Braunschweig aus hier ein, während eine andere von Berlin um 2,50 Uhr hier anlangte. Der Gau Berlin entsandte auch eine Motorradfahrerabteilung und ein Personenauto. Alle überbrachten den Halberstädter Schutzsportlern Glückwünsche für ihr Fest. Den Berliner Motorradfahrern hatten sich die Magdeburger mit 5 Maschinen angeschlossen. Die Gaue Zwickau, Chemnitz und Oschatz schickten ihre Abteilungen nach Leipzig, von wo dann mit den Leipzigern zusammen durch 12 Maschinen die Glückwünsche nach hier gebracht wurden. Es ist das erste Mal, daß solche Stafetten durchgeführt wurden. Die Halberstädter Motorradfahrer empfingen die auswärtigen Fahrer mit Freuden. Im Odeum trugen sich die auswärtigen Kameraden in die Bestätigungsliste ein. Dann ging es zum Umzug. Da dieser sich aber bereits um 2 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, nahmen die Motorradfahrer am Breitentore Aufstellung und ließen den Zug, der einen imposanten Eindruck machte, unter Freiheit-Rufen passieren. Nachmittags wurden die leichtathletischen Kämpfe auf dem Anger fortgesetzt. Abends trafen sich die Schutzsportler zu einem gemütlichen Beisammensein im Gewerkschaftshaus.

Mit diesem Sportfest hat die Schutzsportabteilung bewiesen, daß sie Sportfeste zu arrangieren versteht und der Reichsbannersport ein beachtenswerter Zweig des Arbeitersportes ist.

---

* **Stadttheater.** Auf die anläßlich des 100. Geburtstages von Graf Leo Tolstoi am Dienstag, den 18. September (20 Uhr) stattfindende Erstaufführung des Dramas „Und das Licht scheinet in der Fensternis“ sei noch einmal ganz besonders hingewiesen. Regie: Intendant Dr. Edgar Groß. Ferner wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die bestellten Dauermietskarten an der Vorverkaufskasse, Rathaus (Eingang Fischmarkt) von 10—14 Uhr in Empfang genommen werden können. Gute Plätze von allen Gattungen können dort und im Theaterbüro noch belegt werden.

* **Wieder ein Fahrrad gestohlen.** Heute morgen zwischen 1/2 und 3/4 10 Uhr wurde ein vorübergehend vor der Reichsbank aufgestelltes Fahrrad gestohlen. Es handelt sich um ein Duerkopp-Rad mit schwarzem Rahmen, gelben Felgen, elektrischem Licht und Kilometerzähler.

* **Zusammenstöße.** Auf dem Fischmarkt stießen am Sonntag ein Motorradfahrer und ein Radfahrer zusammen. Sie kamen glimpflich davon. Das Fahrrad wurde leicht beschädigt. Die Schuld soll der Motorradfahrer haben, der zu schnell gefahren ist. — Am selben Tage stießen an der gleichen Stelle zwei Radfahrer zusammen, ohne Schaden zu nehmen. Einer von ihnen soll nicht vorschriftsmäßig rechts gefahren sein.

Aus Osterwieck.

Stadtverordnetenbericht.

Die Sitzung vom 13. September wies eine umfangreiche Tagesordnung auf, dennoch hatten sich nur wenige Zuhörer eingefunden. Die Punkte wurden wie folgt erledigt: Von den Niederschriften über die verschiedenen Kassenprüfungen wurde Kenntnis genommen. Die Beschlußfassung über die Aufnahme eines vorübergehenden Darlehens bis zur Höhe von 80 000 Mark rief eine lebhafte Debatte hervor. Stadtv. Haarnagel wirft hierzu die Frage auf: „Wie hoch ist die Stadt Osterwieck bereits verschuldet?“ Redner wünscht eine besondere Stadtverordnetensitzung, die sich damit beschäftigen soll. Bürgermeister Hartmann antwortet hierauf, daß wir zunächst eine rein formelle Genehmigung gebrauchen, aber eine besondere Sitzung hierüber sei wohl nicht gut angängig. Immer wieder erwüchsen uns (wie auch anderen Kleinstädten) neue Aufgaben, aber leider keine neuen Mittel. Etwas mehr Steuerehrlichkeit tue not. Seien doch Steuern und Ackerpachten zu einem erheblichen Teile im Rückstande. Auch für die neu in Angriff genommenen Notstandsarbeiten habe die Stadt vorläufig 35 000 Mark verauslagen müssen. Die Ruhegehaltskasse verlange rund 10 000 Mk. Auch er (Bürgermeister) habe wenig Lust, diese Defizitwirtschaft mit 4500 Mk., 70 000 Mk. usw noch länger mitzumachen. Bis zu 15 000 Mk. verschlucke schon der Zinsendienst. In der nächsten Versammlung solle aber eine Uebersicht über die Vermögens- und Finanzverhältnisse vorgelegt werden. Zu den Schwierigkeiten bei der Einzahlung des Steuersolls bemerkt Stadtv. Zickfeldt, daß die Art der Steuerfestsetzung viel dazu beitrage. Sodann wird dem Magistratsbeschluß zugestimmt. Dem Beschluß über den Verkauf von 7 Quadratmeter Land von der Lakenbreite an den Justizobersekretär Schröder wird zugestimmt, ebenso den Abmachungen mit dem Gemeindekirchenrat über die Nutznießung des Ackerstückes des Kantorats. Auch der Vertrag mit der Aktienzuckerfabrik über Geländeabtretung und Austausch findet Zustimmung mit der Genehmigung zur Kanalisation für unser Baugelände. Die Verbreiterung des Fahrdammes im Neukirchentor und die Pflasterung des Bürgersteigs ruft verschiedentlich Widerspruch hervor. Der Magistratsbeschluß, der hierfür 3500 Mk. verlangt, wird abgelehnt. Dafür wird folgende Fassung beschlossen: Zur Beseitigung des derzeitigen verkehrshindernden Zustandes am Neukirchentor wird dem zuständigen Dezernenten ein Betrag bis zu 1500 Mk. zum Nachweis zur Verfügung gestellt. Für die Abgabe von Gelände zur Verbreiterung des Bürgersteigs wird eine Bezahlung abgelehnt. Mit der Ausführung der Arbeiten soll erst begonnen werden, wenn die grundbuchamtliche Uebertragung des Straßengeländes vom Bekuhrtschen Grundstück lastenfrei sichergestellt ist. Der Bürgermeister betont hierbei, daß die Möglichkeit der notwendigen Verbreiterung erst durch das Entgegenkommen B.'s gegeben sei.

Der Bebauungsplan des neuen Geländes am Bahnhof brachte eine lebhafte Aussprache, in der mit Recht die Frage aufgeworfen wird: „Wer soll unter den neuen Bedingungen noch siedeln?“ Auch Stadtv. Haarnagel ist gegen eine schon jetzt zu erfolgende Festlegung der hohen Beträge für dieses Gelände. Gen. Löwe erhebt gleichfalls schwere Bedenken. Die Vorlage wird zurückgestellt mit dem Antrag Schulz, auf nochmalige Besichtigung des Geländes durch Stadtverordnete und Lagerbuchkommission mit anschließender Beschlußfassung. (Diese Besichtigung hat inzwischen stattgefunden).

Die Vorlage über den Einbau einer Niederdruckwarmwasserheizung im Rathaus wird in ihrer erweiterten Fassung, die auch die Anlage von Wasserklosetts vorsieht, abgelehnt. Es werden lediglich für die Heizungsanlage inkl. Wiederherstellungsarbeiten in den einzelnen Räumen (Verputz, Neuanstrich usw.) 6000 Mk. bewilligt.

Die Ausbesserungsarbeiten im Gebäude der Unterpfarre, die 4000 Mk. kosten, rufen scharfen Widerspruch hervor. Referent Gen. Bonin will festgestellt wissen, inwieweit die Kirche zu den Kosten beitragen will. Auch Gen. Löwe bittet um eine dahingehende neue Vorlage. Alsdann wird eine Lokalbesichtigung beschlossen zur genauen Feststellung der wirklich notwendigen Instandsetzungsarbeiten. (Diese Bes. hat bereits stattgefunden, und soll der neue Geistliche wegen besonderer Einzelheiten vorerst um seine Wünsche befragt werden).

Die dringende Notwendigkeit der großen Reparaturarbeiten in der Sonnenkleeschule wird ohne Debatte anerkannt. Der Bürgermeister verspricht auch die Wiederherrichtung des Schulplatzes durch Anpflanzung junger Bäume, Einfriedigung usw. Die erforderlichen Reparaturkosten in Höhe von 7200 Mark werden bewilligt. Auch das Schulgebäude an der Mauerstraße bedarf einer neuen Heizungsanlage, der grundsätzlich zugestimmt wird, weil die alte, etwa 30 jährige Heizung nur noch mangelhaft funktioniert. Eine Neuanlage würde indes bei der vorgeschrittenen Jahreszeit erhebliche Störungen im Schulbetrieb verursachen, weshalb beschlossen wird, die alte Anlage zunächst noch einmal von einem Fachmann gründlich nachsehen und reinigen zu lassen. Man hofft, bei Verwendung besten Heizungsmaterials damit im kommenden Winter noch einmal durchhalten zu können. Für die Beschaffung eines Ueberspannungsschutzes für den Ueberlandanschluß des Elektrizitätswerkes werden notgedrungen 2000 Mark bewilligt, weil kürzlich durch Blitzschlag die Notwendigkeit bewiesen ist. Die Kosten sollen aus dem Reservefonds des Lichtwerks bestritten werden.

In anschließender nichtöffentlicher Sitzung wurde noch die Versetzung des Streckenmeisters und Wasserleitungsaufsehers Geikler in den Ruhestand beschlossen.

— (Säuglingsfürsorge.) Auf die Beratungsstunde am Dienstag wird hiermit hingewiesen.

— (Ein Dauerlastträger), Namens A. Meurer aus Düren, traf am Donnerstag abend in unserer Stadt ein. Der sonderbare Kraftmensch hat es sich in den Kopf gesetzt, einen Ztr. Braumalz von Aachen nach Berlin zu schleppen. Die 760 Kilometer lange Strecke will er in 50 Tagen zurücklegen. Am Freitag marschierte er nach Magdeburg weiter. Ein zweiter Sportler, begleitet ihn zur genauen Kontrolle. Der Sport zeigt immer merkwürdigere Auswüchse, über die jeder ehrliche Sackträger im Schweiße seines Angesichts den Kopf schütteln muß.

---

seuse gegangen war, starrten sie sich gegenseitig an. Sie waren einander fremd geworden. Mieze wollte sich halbtot lachen. „Gott, Mutter, du siehst zu komisch aus, sie hat dich wie eine blonde Negerin zurechtgemacht.“

„Und dich wie einen Struwwelpeter; tauche die Bürste in Wasser, und fahre einmal darüber.“ Nur Luise war mit dem Resultat zufrieden; sie sah zwar älter aus als sonst, aber wie eine richtige Prinzessin, sagte Mile, deren Urteil, als Neutrale, an diesem Abend besonders geschätzt wurde.

Johanna Spatz preßte sich in ihr Korsett. Sie wurde wütend, weil sie keine Luft bekam. Die Hefteln am schwarzseidenen Kleid gingen immer auf. „Laß dir das Geld zurückgeben“, sagte sie wütend zu ihrer ältesten Tochter, „nicht einmal richtig nähen kannst du!“

Adolf, der in der kleinen Schlafkammer Toilette gemacht hatte, tauchte im Wohnzimmer auf. „Wie weit seid ihr denn? Es ist höchste Zeit.“

Man mußte es zugeben. Er sah aus wie ein Lord. Seine Frau begriff jetzt nach so langen Jahren wieder, daß sie sich einmal in ihren Mann verliebt hatte. Sein Frack saß vorzüglich, und vor allem, er verstand ihn zu tragen.

Adolf Spatz musterte seine Gattin erstaunt.

„Sonst gefällst du mir besser,“ sagte er, „ich kenne dich kaum wieder. Was hast du denn mit deinen Haaren gemacht?“

„Ach, davon verstehst du nichts, laß mich in Ruhe.“

Der ehemalige Ober aus dem Weinrestaurant, der ausschließlich in adeligen Kreisen verkehrte, und oft auch Damen sah, die weniger blaublütig aber dafür sehr schick waren, verstand von weiblicher Toilette ziemlich viel, doch unternahm er nicht einmal den Versuch, seine Frau zu belehren. Er wußte es längst, daß der Prophet im eigenen Lande nichts galt, und hatte sich in sein Schicksal gefunden.

Seine Mädels sahen patent aus. Er musterte sie voll Stolz und mit einer gewissen Angst. Nur nicht über den Stand hinaus. Das war ganz nett, so lange man jung war, aber später . . . er kannte sich aus.

(Fortsetzung folgt.)

Stadttheater Halberstadt.

Eröffnungsvorstellung:

„Turandot“, Schauspiel von Friedrich von Schiller.

Das Stadttheater Halberstadt, das in diesem Jahre ohne eigene Oper den Spielbetrieb durchführt und damit von vornherein auf eine glanzvollere Eröffnung der Spielzeit verzichten mußte, eröffnete am Sonnabend die Spielzeit mit Schillers „Turandot“. Eigentlich könnte es uns ja vollkommen gleichgültig sein, was das Frauenzimmer alles anstellt, ehe es einen Mann bekommt; gleichgültig könnte es uns auch sein, wie die Geschichte mit dem vertriebenen König und Prinzen ausläuft. Immerhin aber kann man mit der Wahl des Stückes einverstanden sein, zumal „Turandot“ eines der am wenigsten aufgeführten Stücke Schillers ist, das insofern eine Sonderstellung einnimmt, als es sich nicht um die Ausführung eigener Pläne und Ideen, sondern um die Verwendung einer Dichtung des italienischen Grafen Carlo Gozzi, eines produktiven Lustspieldichters, handelt. Gozzi — geb. 13. Dezember 1720, gestorben 6. April 1806 — hat in seinen Fabeln Märchenstoffe mit den Gestalten der alten italienischen Commedia dell'arte auf die Bühne gebracht; eines dieser aus seltsam phantastischem Ernst und burlesker Komik gemischten Stücke war „Turandot“, das von Gozzi im Jahre 1762 herausgebracht wurde. Gozzis Stücke waren — wie auch die aus einer persischen Märchensammlung entnommene „Turandot“ erkennen ließ — durchaus auf den Effekt eingestellt, von kecker Anlage und phantastisch ausgestattet. Obwohl sie dem Geschmack des Publikums entsprachen, vermochten sie sich aber nicht lange zu halten. Ein Landsmann Schillers, Friedrich Clemens Werthes, übersetzte in den Jahren 1777 bis 1779 die Dramen Gozzis ins Deutsche, die dann auch bald auf den Bühnen erschienen; es ist bekannt, daß in Berlin und Wien verschiedene Bearbeitungen der „Turandot“ zur Aufführung gelangten. Schiller unternahm es im Herbst 1801, die Uebersetzung Werthes zu verwenden und sie dem durch „Wallenstein“ begründeten Stil anzupassen. Die von Turandot dem Kalaf aufgegebenen Rätsel sind bis auf das erste (Das Jahr) von Schiller selbst gedichtet. Er machte sich und dem Weimarer Publikum das Vergnügen, zu jeder weiteren Aufführung neue Rätsel zu liefern; Goethe unterstützte ihn dabei.

Vielfach tauchte die Anregung auf, „Turandot“ als Oper zu verwenden. Diese Anregung wurde aber erst 100 Jahre später verwirklicht. Puccini war es, der sich für den Turandot-Stoff interessierte. Er bemühte sich, echte chinesische Originalmelodien zu erhalten, um die Stimmung und das Kolorit des Landes recht deutlich und plastisch herauszukristallisieren. Den Höhepunkt der Oper wie auch des Schauspieles bildet der Rätselakt.

Die Aufführung im Stadttheater Halberstadt ließ eine sorgfältige Einstudierung erkennen. Man hatte dem Stück einen phantastisch-bunten Rahmen gegeben, in dem sich in einer äußerst geschickten Art und Weise die märchenhafte Handlung abspielte. Unter der Regie des Intendanten Dr. Edgar Groß kam eine Aufführung zustande, die Freude auslöste und die den starken Beifall, der nach den Aktschlüssen gespendet wurde, vollauf verdiente. Schmucke Kostüme, dazu das farbenfreudige, sehr gelungene lebhafte Bühnenbild Siegfried Kuttners verrieten, daß äußerlich viel für die Neueinstudierung getan worden war. Aber auch die Einstudierung selbst zeigte den festen Willen zu einer einheitlichen und geschlossenen Gesamtleistung. Die Darsteller fügten sich geschickt ein. Wir lernten in Alice Koch bei der Wiedergabe der Turandot eine gute Vertreterin ihres Faches kennen. Wenn es ihr auch nicht restlos gelang, die vielfachen Stimmungswechseln unterworfene Märchenprinzessin vollkommen darzustellen, so war doch unverkennbar, daß sie in der Darstellung und Sprechweise sich von Uebertreibungen fernhielt; sie hätte aber getrost etwas mehr aus sich herausgehen müssen. Sie gab der Turandot eine etwas grobe Note, was zur Folge hatte, daß alle angebliche Lieblichkeit, Schönheit und Weiblichkeit sich verflüchtigten und nur ein matter Hauch von Poesie übrig blieb. Heinrich Wilbert führte sich als Kalaf recht gut ein. Er bot eine

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-612166619192809 18-14/fragment/page=0006

Große Gartenbauausstellung im Stadtpark.

Halberstadt, den 17. September.

Ueber die Eröffnung am Sonnabend morgen um 11 Uhr hatten wir der vorgeschrittenen Zeit wegen in unserer letzten Nummer nur kurz berichten können. Wir holen das Zurückgestellte deshalb heute nach! Die Eröffnungsfeier fand im kleinen Stadtparksaal statt. Der Protektor der Ausstellung, Oberbürgermeister Genosse Weber, hieß die Erschienenen willkommen und ging kurz auf die Schrebergartenbewegung ein, indem er ausführte, daß sie nicht nur einen großen volkswirtschaftlichen Wert darstelle, sondern auch die Liebe zur Natur wieder wecke und damit die Liebe zur Scholle und zur Heimat. Die Stadt Halberstadt habe die Bestrebungen der Schrebergärtner stets anerkannt und auch für Land gesorgt. Leider fand die Stadt aber bei den Verpächtern nicht immer das notwendige Verständnis. Insgesamt seien an Kleingärten und Hausteile 404 Morgen Land vergeben. 4200 Haushaltungen — also fast ein Drittel der Einwohner — seien im Besitze eines kleinen Gartens oder Hausteiles.

Das von Kleingärtnern bewirtschaftete Land würde besser ausgenutzt als bei einer anderen Bewirtschaftung. Vor allem hob der Redner die Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendpflege hervor. Gerade in der heutigen Zeit der Wohnungsnot sei diese nötig. In der Frage der Dauerkolonien wäre leider nach nichts Bestimmtes erreicht. Die Stadt habe durch den Gartninspektor Deicke auch mit zum Gelingen der Ausstellung beigetragen. Mit dem Wunsche, daß diese Ausstellung dazu beitragen möge, der Schreberbewegung neue Freunde zuzuführen, übergab der Protektor dann die Ausstellung dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes, Herrn Baake. Dieser dankte für die warmen Worte des Oberbürgermeisters Weber und führt an, daß die erste Ausstellung vor 10 Jahren und die zweite im Jahre 1922 stattgefunden habe. Heute gehörten zu der aus kleinen Anfängen sich entwickelten Organisation 41 Vereine mit 4200 Mitgliedern. Die Ausstellung zeige, daß die Schrebergartenbewegung eine Volksbewegung ist. Mit einem Dank an alle Helfer schloß er seine Ausführungen. Für den Regierungsbezirksverband Magdeburg sprach Bäthke-Quedlinburg. Darauf fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt. —

Der Sonnabend abend wurde ausgefüllt durch einen

Kommers.

der einen vollen Saal brachte. Die Vereine Süd, Warmholzberg, Wehrstedt und Ost führten ihre Jugend auf die Bretter und zeigten Rokokoreigen und andere Tanz- und Reigendarbietungen. Drei Mitglieder des Vereins Flora sorgten für Humor, während die Gesangsabteilung des Vereins Ost durch gesangliche Darbietungen überraschte. Die Gäste wollten es nicht glauben, daß eine Gesangsabteilung eines Schrebervereins solche gesanglichen Leistungen zu vollbringen vermochte. Dieser Erfolg ist der unermüdlichen Arbeit des Dirigenten der Abteilung, Herrn Gropp, zu danken. Im Mittelpunkte des Abends standen die Ausführungen des Vorsitzenden des Reichsverbandes, Rektor Förster-Frankfurt, über Kleingartenbau und Volkswohlfahrt. Die Schrebergärten sollen, so führte er aus, Stätten des Familienglücks und der Erholung sein. Sie trügen dazu bei, die öffentliche Fürsorge zu entlasten. Im Garten seien die besten Heilkräfte, Luft und Sonne zu finden. Die Kleingartenbewegung sei auch nicht siedlungsfeindlich. Solange aber nicht jeder ein Haus mit eigenem Garten haben könne, müßten die Schrebergärten erhalten werden. Die Schrebergärtner verlangten Gleichstellung mit dem Sport. Die größte Forderung aber sei die nach Schaffung von Dauerkolonien. Die notwendigen gesetzlichen Unterlagen müßten geschaffen werden, um solche erstehen lassen zu können. Die Schreberanlagen müßten zu öffentlichen Anlagen erklärt werden, sodaß die gesamte Bevölkerung in ihnen spazierengehen und sich erholen könne.

Preise auf der Ausstellung

erhielten: 1. Preis für hervorragende Leistungen die Vereine Nord und Ost, 1. Preis die Vereine Wehrstedt und Süd, 2. Preis: Flora, Hauschild, Naturheilverein, Huy und Dr. Schreber, 3. Preis: Goldbach, Tivoli, Dahlia, lobende Anerkennung: Fessels Erben und Warmholzberg.

Der Sonntag morgen brachte die

außerordentliche Hauptversammlung des Bezirksverbandes,

die vom Vorsitzenden Baake mit begrüßenden Worten eröffnet wurde. Die Grüße des Regierungsbezirksverbandes Magdeburg überbrachte der Vorsitzende dieser Organisation, Obst-Magdeburg. Dann sprach als erster Hauptredner Rektor Förster über „Die Aufgaben der kleingärnerischen Organisationen." Die Schrebergartenbewegung erlange, führte er an, überall mehr Anerkennung durch die Behörden und Parlamente. Die Schrebergartenbewegung habe zwar ein moralisches Recht als Organisation, die der Kultur und Volksgesundheit dient, Dauerkolonien zu verlangen. Wie stehe es aber mit dem gesetzlichen Recht. Die Kleingartenpachtordnung enthalte noch nichts von Dauerkolonien. Bei der Forderung nach Dauerkolonien könne man sich nur auf das Reichsheimstättengesetz stützen. Darauf beruhe auch der Erlaß des preußischen Wohlfahrtsministeriums, daß von den Stadtverwaltungen, Heimstättengartengebiete angewiesen werden müßten. Die Städte folgten aber nur zögernd, weil sie fürchten, das Hoheitsrecht zu verlieren und weil sie meinen, daß solche Gebiete sich nicht rentieren. Dem sei zu erwidern, daß auch bei Hergabe von Sportplätzen die Stadt auf ihr Hoheitsrecht verzichte und die Rentabilität bei unserer Bewegung erst in zweiter Linie komme. Der Haupthinderungsgrund sei aber die Entschädigungsfrage für das entgeignete Land. Wir brauchten ein Bodenreformgesetz, damit die Städte Land zu angemessenem Preise bekommen. Die Reichsverfassung besage, daß eine angemessene Entschädigung gegeben werden müsse. Das sei nicht bestimmt genug. Die KGD. müsse ebenfalls verbessert werden. Es müsse in sie hineingebaut werden, daß nicht nur das einzelne Mitglied, sondern der Verein geschützt sei. Die Einigungsämter dürften auch nicht mehr von der Stadt gestellt werden, sondern müßten eine neutrale Stelle sein. Eine Rolle spiele auch die Ermittlung des Ertragswertes des kleingärtnerischen Grundstücks. Der Reichsverband wolle, daß dieser zwischen den landwirtschaftlichen und berufsgärtnerischen gestellt werde. Ebenso müsse die Entschädigungspflicht für plötzlich geräumte Grundstücke in der KGD. genau festgelegt werden. Die Einigungsämter dürften ebenfalls nicht von der Stadt gestellt werden. Großen Wert lege der Reichsverband auf schönheitliche Ausgestaltung der Gärten. Deshalb hätten Preisausschreiben stattgefunden. Dann streifte der Redner noch das Versicherungswesen und die Jugendpflege und schloß seine temperamentvollen und interessanten Ausführungen, die wir leider nur kurz wiedergeben können, mit einem Appell zur Geschlossenheit und Mitarbeit: Einer für Alle, Alle für Einen! Starker Beifall folgte diesem Referat. Dann sprach Stadtschulrat Dr. Baer über „Die volksgesundheitliche Bedeutung der Schrebergartenbewegung" Es war interessant, zu hören, wie ein Arzt die Schrebergartenbewegung sieht und mit Freuden war die Bejahung der Bewegung festzustellen. Die heutige Industrie und Technik, betonte der Redner, entfremde den Menschen immer mehr der Natur, mache ihn müde und mürbe. Die beste Erholung finde er aber in der Sonne und der Luft. Beides könnten in vollem Maße die Schrebergärten geben. Die Sonne müsse direkt auf den Körper treffen. Deshalb sei mindestens den Kindern auf den Gartenspielplätzen zu empfehlen, im Badeanzug zu spielen. Die Schrebergärten seien notwendig, solange nicht das Ideal einer Gartenstadt verwirklicht werden könne. Die Arbeit im Garten stähle auch die Nerven, beruhige sie und fülle den Körper mit neuer Arbeitslust und Arbeitskraft. Dann sprach der Redner sehr eingehend über die Ernährungsweise. Die Menschheit müsse sich umstellen. Die Vitamine und Nährsalze seien die notwendigen Aufbau- und Erhaltungsstoffe. Deshalb müsse mehr zur Gemüsenahrung teilweisen Rohkost geschritten werden. Fleisch solle mehr als Genußmittel angesehen werden. Die Jugendpflege der Schrebergärtner sei besonders deshalb zu begrüßen, weil sie sich vor allem auf die Jugend erstrecke, die von der Schule und den Sportvereinen nicht erfaßt würde. Dr. Baer schloß seine Ausführungen mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit der Schreberbewegung für die Volksgesundheit und sind den ungeteilten Beifall der Versammelten. Ueber „Neuzeitliche Obstbaukultur" sprach sodann Gartenbaumeister D. Heimann-Blankenburg. Man lernte einen alten Praktiker kennen, der sein Wissen nicht aus der Theorie, sondern aus jahrzehnte langer praktischen Erfahrung geschöpft hat. Sehr eingehend sprach er über die Bodenbearbeitung und Düngung. Vor allem warnte er davor, den Boden nur mit künstlichem Dünger zu behandeln, weil dann die für den Obstbau und die anderen Kulturen notwendigen Bodenbakterien absterben würden. Als beste Form für den Kleingärtner empfahl er den Buschbaum und den senkrechten Schnurbaum. Auch seine Ausführungen, die manche neue Anregungen brachten, wurden mit Beifall aufgenommen.

Am Sonntag nachmittag war der Stadtparkgarten dicht besetzt. Eine Kapelle konzertierte und sorgte für Unterhaltung. Hier wurde sich erholt, nachdem man die Ausstellung besichtigt hatte. Die Ausstellung selbst wies zeitweise so starken Besuch auf, daß man sich nur mühsam vorwärtsschieben konnte. Sogar von Magdeburg, Blankenburg, Quedlinburg usw. waren die Gäste gekommen, um die Ausstellung anzusehen.

Ergänzend ist noch nachzutragen, daß unter den ausstellenden Firmen sich auch ein gut übersichtlich eingerichteter und geschmackvoll aufgebauter Stand der Firma Henicke befindet, die Farben, Mittel zur Weinbereitung und vor allem Düngemittel und Schädlingsbekämpfungspräparate und Apparate ausstellt.

Die Ausstellung wird heute abend um 8 Uhr geschlossen. Sie war für Halberstadt ein Ereignis und für die Schrebergartenbewegung ein Werbemittel sondergleichen.

An unsere Ortsvereinsleitungen im Unterbezirk Halberstadt.

Werte Genossinnen und Genossen!

Am Sonntag, den 14. Oktober, vorm. 10½ Uhr findet beim Genossen Bollmann, Halberstadt, Bakenstraße 63, eine

Unterbezirkskonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der Provinziallandtags-, Kreistags- und Gemeindevertreterwahlen. Ref.: Landrat Gen. Herm. Müller-Halberstadt.
2. Berichte: a) Bericht über die Tätigkeit des Kreisausschusses, b) Bericht über die Tätigkeit des Kreistages.
3. Aufstellung der Kandidatenliste zum Kreistag und Wahl der Kandidaten zum Provinziallandtag
4. Wahlorganisatorisches und Werbewoche. Ref.: Fr. Schütte-Halberstadt.
5. Sonstige Parteiangelegenheiten.

Zu dieser Konferenz entsenden alle Ortsvereine bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten. Für je 200 weitere Mitglieder wird ein Delegierter mehr entsandt. Restzahlen über 100 gelten als voll. Die Wahl der Delegierten hat in Mitgliederversammlung zu erfolgen und es wird erwartet, daß bei der Delegation besonders unsere weiblichen Mitglieder berücksichtigt werden. Die Ortsvereinsvorstände müssen den Delegierten Mandate ausstellen, da ohne Mandat keiner Stimmrecht hat. Des weiteren sind auch die Mitgliedsbücher zur Kontrolle mitzubringen.

Die Kosten für die Konferenz trägt die Bezirkskasse.

Genossinnen und Genossen! Wenn uns die Herbstwahlen mehr Macht in den zu wählenden Parlamenten bringen sollen, bedarf es einer gründlichen Vorarbeit. Diese zu erörtern und in allen Einzelheiten festzulegen, ist Aufgabe der Konferenz. Des weiteren muß auch die Werbewoche ausführlich besprochen werden, damit diese erfolgverversprechend eingeleitet werden kann. Aus all den Gründen machen wir es unseren Ortsleitungen zur Pflicht, für einen guten Besuch der Tagung zu sorgen. Nicht nur die Delegierten, sondern sämtliche Funktionäre müssen an der Konferenz teilnehmen. Wir haben große Arbeit vor uns und die Mitarbeit aller Mitglieder, insbesondere aller Funktionäre ist im Herbst erforderlich Deshalb auf zur Unterbezirkskonferenz.

Mit Parteigruß!

Rudolf Köchig. Fritz Schütte.

Aus Thale.

— (Harzer Funkausstellung in Thale a. H.) Die Ortsgruppe Thale des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V. veranstaltet vom 6. bis 8. Oktober 1928 eine große Funkausstellung in den Räumen des „Hotels Ritter Bode" in Thale a. H. Die Ausstellung, die für das gesamte Harzgebiet gedacht ist, soll allen Bevölkerungskreisen neben Sendeanlagen hauptsächlich Empfangsgeräte vom Doppelsuper bis zum Mehrröhrengerät, Radiozubehörteile und eine reichhaltige Radioliteratur zeigen. Ein gedrucker künstlerisch ausgestellter Führer soll jeden Besucher den Aufbau der Funkausstellung vor Augen führen. Voraussichtlich werden sich an der Veranstaltung alle größeren deutschen Radiofirmen beteiligen. Großer Wert wird aber darauf gelegt, daß die Radioamateure ihre selbstgebastelten Empfangsgeräte und sonstigen Zubehörteile ausstellen. Die besten Geräte sollen mit Preisen bedacht werden. Das Ausstellungskomitee läßt es sich angelegen sein, die Ausstellung in jeder Beziehung großartig zu gestalten. Die Vorbereitungen berechtigen zu den besten Hoffnungen. Radioamateure, die beabsichtigen, die Funkausstellung mit ihren Geräten usw. zu beschicken, werden gebeten, sich umgehend an den Funkfreund Karl Müller, Thale a. H., Alte Topfstraße 3, zu wenden.

Kreis Quedlinburg.

Gatersleben, 14. September. (Gemeindevertreter-Sitzung.) Am Donnerstag, den 13. September 1928 fand im Gasthof zur Stadt Wien eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt, in welcher folgende Sachen verhandelt wurden: Die Straßenbeleuchtung in hiesiger Gemeinde ist sehr reparaturbedürftig. Die Beleuchtungskörper sowie Drähte sind noch Kriegsware, so daß andauernd Reparaturen notwendig sind. Die Ueberlandzentrale hatte der Gemeinde einen Kostenanschlag eingereicht, nach welchem sich die Kosten auf rund 350 ℳ belaufen. Die Vertretung hält nach eingehender Beratung die Ausführung für zu teuer und beschließt, die Ausbesserung je nach Bedarf vornehmen zu lassen. 2. Die Regulierung des Mühlgrabens ist zur unbedingten Notwendigkeit geworden, da die Anlieger desselben sehr unter dem Druckwasser zu leiden haben. Eine Besichtigung des Mühlgrabens durch eine Regierungskommission ist bereits erfolgt, so daß mit den Vorarbeiten begonnen werden könnte. Die Vertretung schließt daher zur Ausführung derselben 50 ℳ auszusetzen.

---

anerkennenswerte Leistung, die namentlich wegen der sauberen Sprechweise gewann. Es will nichts besagen, wenn er sich einige Male in der Stimmungsskala vergriff, denn die glatte und zielbewußte Durchführung der Rolle kann sonst schlechthin als einwandfrei bezeichnet werden. Würdig, majestätisch und väterlich war der Kaiser Altoum, dargestellt von Herbert Schröder. Eine gleiche würdige Rote wußte Harald Güthe dem vertriebenen König Timur zu geben. Originell in Figur und Maske war Martin Borns, der den Kanzler Pantalon in einer äußerst gelungenen Weise zur Darstellung brachte. Hier war Witz, Geist und angemessene Bewegung, die die Ausschöpfung dieser witzigen und dankbaren Rolle nicht anders denkbar erscheinen ließen. Als würdiger Partner, gleichfalls originell in Geste und Wort, schnitt August Hütten als Minister Tartaglia vortrefflich ab. Grete Safar und Anni Hart (als Sklaven der Turandot) konnte durch ihr lebhaftes Spiel gefallen. Lobend sind ferner zu erwähnen Walter Henneberg (Aufseher der Verschnittenen) wegen der Wiedergabe einer groben Aufseher-Type, August Schwade als verständnisvoller Berater des Prinzen und Egmont Stury als Ismael. Therese Baerwald hatte den letzten Grad der Sicherheit wie er für ihre Rolle als Sklava verlangt werden muß, noch nicht erreicht.

Die musikalische Illustration hatte Kapellmeister Anton Rädler vorgenommen; für ihre stimmungsvolle Wiedergabe sorgte Kapellmeister Hermann Weßler im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten. Daß es hin und wieder an Reinheit und Klarheit mangelte, scheint seine Ursache in mangelnden Proben zu haben. Die Aufführung der „Turandot" wurde mit Mozarts Ouverture zu „Titus" eingeleitet. Auch hier hätte man eine bessere Nuancierung und Klarheit der Themen gewünscht. Mehr mozartische Grazie und Flüssigkeit, mehr behendes als schwerfälliges Musizieren bei größerem Hervortreten der Streicher wäre am Platze gewesen.

Die Aufführung als Ganzes hinterließ einen guten Eindruck. Es wurde der erste Beweis erbracht, daß unser Stadttheater unter der neuen Intendanz ein Schauspiel-Ensemble erhalten hat, das sicherlich noch wertvolle Leistungen bieten wird. Wenn immer mit einem solchen Eifer und mit einer solchen Hingabe gespielt wird, wie es am Sonnabend geschah, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Anerkennung der Oeffentlichkeit ausbleibt. Zu wünschen wäre eine Steigerung der Besucherzahl. Gewiß, mit dem ständigin Klagen über den mäßigen Besuch des Theaters wird es nicht besser, wenn es nicht gelingt, bei dem Publikum die feste Ueberzeugung zu verankern, daß unser Theater wirklich gute Leistungen bietet.

Am Sonnabend gab es viel Beifall und viel Blumen. Darsteller, und Indendant wurden mehrmals hervorgerufen. wk.

*

„Die gold'ne Meisterin", Operette von Edmund Eysler.

Die heitere und leichtbeschwingte Muse erfreute sich am Sonntag einer größeren Gunst; das kam vor allem in dem Besuch zum Ausdruck, der wesentlich besser war als zur Eröffnungsvorstellung. Die Operette, die geboten wurde, ist eine harmlose, durchaus nicht aufregende Sache mit hübschen Melodien. Wer Walzer hören und wer die alten ohne Jazz verzierten Rhythmen auf sich einwirken lassen will, der höre sich diese melodiöse Operette an. Die erste und der zweite Akt bringen in musikalischer Hinsicht manches Erfreuliche. Es blüht und blinkt nur so in der Partitur und ein „Schlager" — im besseren Sinne natürlich — läßt den anderen ab. Der dritte Akt ist musikalisch am ärmsten, ja er bringt nach den sich steigernden Szenen des zweiten Aktes eine gewisse Enttäuschung, weil das gute Ende mit einer ziemlichen Gewalt herbeigeführt wird. Das die gold'ne Meisterin, eine hübsche reiche Goldschmiedswitwe, den flotten Goldschmiedsgesellen, der mit ihr schon einmal auf einem Balle getanzt, heiraten würde, stand für jedermann fest. Der Graf Jaromir, der ein Trottel ist, muß betrübt abziehen.

Die Aufführung am Sonntag hatte Schmiß, Tempo und eine frischflotte Betonung. Kapellmeister Hermann Weßlar hatte alle Fäden in der Hand und sorgte für eine gute Uebereinstimmung zwischen Orchester und Bühne. Es wurde recht lebhaft musiziert und damit jene Stimmung geschaffen, wie sie bei Operettenaufführungen vorhanden sein muß. Von den Darstellern errang Hans Brodal den Haupterfolg. Er bewältigte stimmlich die Partie des Goldschmiedgesellen Christian mit einer erfreulichen Lebhaftigkeit und Frische. Der Sänger, der von der Oper kommt, wußte sein umfangreiches klangvolles Organ prächtig zu gebrauchen. Um einen solchen Tenor kann man unser Theater mit Recht beneiden. Aber nicht nur stimmlich, sondern auch darstellerisch wurde Hans Brodal in temperamentvoller Weise seiner Rolle gerecht, kein Wunder, daß er mit Beifall überschüttet wurde. Wohl keines seiner Solis oder Duette hatte er gesungen, ohne daß sie nicht da capo verlangt wurden. Seine Partnerin, Gertrude Wilsdorf, ausgestattet mit einem angenehm klingenden Sopran, hatte Mühe, sich ihm gegenüber vollauf zu behaupten. Sie wurde schließlich mitgerissen, und so kamen wir eine goldene Meisterin zu sehen, die das Gemisch von Herzlichkeit, Sentimentalität und Schalkheit verkörperte. Ihr kamen auch ihre Vorzüge in der Darstellung zu gute. Kurt Brink (Mitier Erdbolin) und Hans Herbst (Graf Jaromir) ließen alle Minen ihrer Komik springen und führten ein lustiges Spiel, bei dem besonders Hans Herbst äußerst beweglich und grotesk wirkte; ihr Duett war wirkungsvoll gelungen. Hans Herbst wirkte aber nach der anderen, nach der weltlichen Seite hin sehr gut. Er hatte nämlich Leonore Spinti, die die Haushälterin Portschukulo spielte, als Partnerin. Das war ein prächtiges Paar! Zu erwähnen wäre noch Eva Montz mit der zierlichen und kleinen Stimme als Lehrbub und Georg D'Orange als Bruder Ignatius. Die übrigen Mitwirkenden und der Chor hielten sich recht wacker und hatten mit am einwandfreien Stapellauf des Stückes.

Siegfried Kuttner hatte wieder für ein lebhaftes Bühnenbild gesorgt. Besonders nach dem zweiten Akt setzte ein starker Beifall ein, der lange andauerte. Darsteller, Kapellmeister und Spielleiter mußten sich oft zeigen. Auch an Blumen fehlte es nicht. wk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0007

3. Von dem Friedhofsausschuß ist bereits vor längerer Zeit eine G e b ü h r e n o r d n u n g für Grabsteine beschlossen worden. Zu dieser muß jedoch noch die Gemeindevertretung Stellung nehmen. Die vorliegende Ordnung hält jedoch die Vertretung nicht für richtig. Vom Vertreter Stegmann wird der Antrag gestellt, die Beschlußfassung auszusetzen und mit der Kirchenvertretung in gemeinsamer Sitzung darüber zu beraten. Der Antrag wurde angenommen. 4. Zum Ankauf von Bauland von der Siedlungsgesellschaft Sachsenland gibt Gemeindevorsteher Eßmann den von der Siedlungsgesellschaft entworfenen Kaufvertrag zur Kenntnis. Nach diesem stellt sich der Preis für 1 Morgen auf 2000 M für das an der Chaussee gelegene Land, während für das andere Land je Morgen 1650 M gefordert werden. Die Vertretung hält den Kaufpreis für zu hoch. Vertreter Böse beantragt, vorher durch Bekanntmachung Umfrage zu halten, ob Interesse für die Erwerbung von Bauland in hiesiger Gemeinde vorhanden ist. Eventl. soll dann die Gemeinde durch Aufnahme von Kapital das Bauland erwerben und von den Interessenten dieses verzinsen lassen. Die Mitübernahme der Zuckerfabrikanteile müßte jedoch abgelehnt werden. Die Vertretung schloß sich dem Antrage an. 5. Zur N e u p a c h t u n g v o n K i e s l a n d gibt Gemeindevorsteher Eßmann bekannt, daß die Kiesgrube bald ausgebeutet ist und für den Ankauf weiteren Kieslandes bald gesorgt werden müsse. Die Regierung verlange jedoch jetzt 100 M Pacht pro Morgen, während die Gemeinde bisher 40 M gezahlt habe. Vertreter Böse beantragt, den Antrag vorläufig zurückzustellen, da bereits beim Landtag dieserhalb Schritte unternommen sind. 6. Gemeindevorsteher Eßmann verliest ein Schreiben des Kreisausschusses Quedlinburg, nach welchem der Gemeinde 2500 M für P f l a s t e r u n g des Unterdamms und der Hoymerstraße bewilligt worden sind. Ausweislich des Kostenanschlags betragen die Kosten für den Unterdamm 12 000 M, für die Hoymerstraße 36 000 M. In Anbetracht der hohen Kosten beantragt Vertreter Hoffmeister, die Deckung der Kosten durch eine Anleihe aufzubringen und zwar erst für den Unterdamm. Der Antrag wurde angenommen. 7. Die Kosten der Beleuchtungsanlage für die Ballenstedter Straße betragen nach Mitteilung der Ueberlandzentrale rund 700 M. Es ist nicht möglich, diese auf die Gemeinde zu übernehmen. Vertreter Böse beantragt daher, bei den Anliegern Nachfrage zu halten, wer von ihnen Licht anlegen läßt. Dadurch würde die Gemeinde billiger wegkommen. Der Antrag wurde angenommen. — Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Hedersleben, 14. September. (G e m e i n d e v e r t r e t e r - S i t z u n g.) Am Dienstag, den 18. d. Mts., abends 8 Uhr findet im hiesigen Rathause eine Gemeindevertretersitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beschlußfassung über den Verkauf von Baustellen von dem im Grundbuch von Hedersleben, Band 30. Blatt 742 eingetragenem Grundstück die Winkelbreite Nr. 547 — Nr. 20 des Grundstücksverzeichnisses. 1. Parzelle 356/3 in Größe von 3.58 ar an den Zimmerer Hermann Alsleben. 2. Parzelle 357/3 in Größe von 5,44 ar an den Grubenarbeiter Otto Degering. 3. Parzelle 358/3 in der Größe von 3,85 ar an den Steinsetzer Otto Friese. 2. Besprechung über die Erhebung der Gemeindesteuer. 3. Beschlußfassung über die Erweiterung und Abänderung des Sportplatzes. 4. Verschiedenes.

— (E i n b r u c h.) In einer der letzten Nächte wurde im Schießstand eingebrochen. Der Schützenverein zahlt eine Belohnung demjenigen, der den Täter nahmhaft macht.

Neinstedt, 14. September (V e r s e t z t). Der Eisenbahnassistent Nobbe, der hier seit mehreren Jahren beschäftigt war, ist mit sofortiger Wirkung nach Eilenstedt versetzt worden, und er wird dort schon in der nächsten Woche seinen Dienst antreten.

— (W i e d e r e i n e S t r a ß e n s p e r r u n g). Wie die am Ein- und Ausgange der Schützenstraße aufgestellten Schilder zeigen, ist neuerdings die Schützenstraße für Fahrzeuge aller Art gesperrt, und zwar im Interesse der allgemeinen Sicherheit.

Bad Suderode, 16. September. (S e l t s a m e r U n f a l l). Ein Fuhrwerksbesitzer aus dem benachbarten Stecklenberg war an genanntem Tage zum hiesigen Bahnhof gefahren, um eine Dame abzuholen. Vorschriftsmäßig benutzte er den von der Chaussee abbiegenden Feldweg nach Stecklenberg zur Heimkehr. Als er die der Hexenwiese gleichlaufende Senke der Straße passieren wollte, begab es sich, daß die Chaise mitten durchbrach und der Fahrer mit dem Kutscherbock allein weiter fuhr. Durch den Schrei der Dame wurde er aber sofort aufmerksam und hielt schleunigst an. Es ist als großes Glück zu bezeichnen, daß bei diesem Unglück keine der Personen Schaden nahm, sondern alle mit dem Schrecken davon kamen. Etwas trübselig wurde die weitere Heimreise fortgesetzt.

Nachterstedt, 17. Sept. (G e m e i n d e v e r t r e t e r s i t z u n g). Am 14. September fand hier eine öffentliche Gemeindevertretersitzung statt. Ueber die Jahresabrechnung der Gemeindekasse erstattet G.-V. Gutbier für die Finanzkommisson den Bericht. Erinnerungen waren nicht notwendig. Es war eine Einnahme von rund 432 760 Mk. und eine Ausgabe von 389 484 Mk. zu verzeichnen, sodaß auf die neue Jahresrechnung 43 226 Mk. vorgetragen werden konnten. Entlastung wurde erteilt. Sodann wurde der Arbeiter-Samariter-Kolonne Thale 50 Mk. Beihilfe für zu schaffende Wohlfahrtseinrichtungen gewährt. Der Gemeindevorsteher trägt dann vor, daß die Baukommission die fertig gestellten Stallungen, Korridor pp. auf dem Edelhofe für richtig ausgeführt angesehen hat. Für die notwendigen Malerarbeiten im Korridor und den anderen Räumen soll erst ein Kostenanschlag eingefordert werden. Es wird dann gegen zwei Stimmen beschlossen, eine transportable Treppe für den Pächter der Bodenräume zum Preise von 80 Mk. anzuschaffen, um den bequemeren Transport des Getreides pp. nach den Bodenräumen zu ermöglichen. Danach wurde noch ein Antrag des Oberlandjägers beraten, welcher den Abbruch des veralteten, ewig rauchenden Küchenherdes und den Abbruch eines alten Stubenofens wünscht. Es wird gegen eine Stimmenthaltung beschlossen, den Antrag zu genehmigen, für die Küche einen transportablen Herd und für die Stube einen Füllofen anzukaufen. Ein Antrag des Lehrers Klinge, den jetzt unbenutzten Stall in einen Wohnraum umzubauen, wird zurückgestellt bis Kostenanschläge vorliegen. Alsdann beschäftigte sich die Gem.-Vertr. mit der Beschaffung einer Motor-Feuerspritze. G.-V. Göritz vertrat die Ansicht, man solle die Spritze kaufen, welche die hiesige Feuerwehr zu haben wünscht. Dagegen empfiehlt G.-V. Gutbier, bei anderen Gemeinden und Feuerwehren erst anzufragen, wie sich die von uns in Aussicht genommenen Spritzen bewährt haben. Außerdem wünscht er noch Kostenanschläge anzufordern über die etwa zu schaffenden Bassins. Gegen zwei Stimmenthaltungen wurde auch so beschlossen. Nachdem fand noch eine nichtöffentliche Sitzung statt, an der die Kommunisten nicht teilnahmen, denn sie verließen mit den Zuhörern den Saal.

Provinz und Nachbarstaaten.

Blankenburg, 16. Sept. (S i e w o l l e n k e i n e G e w e r b e s t e u e r z a h l e n.) Die im Wirtschaftsverband zusammengeschlossenen Gewerbetreibenden hielten eine Versammlung ab, in der sie Einspruch erhoben gegen die Höhe der Gewerbesteuer und es als Ungerechtigkeit bezeichneten, durch Steuererhebungen von einzelnen Gruppen den Fehlbetrag im Haushalt der Stadt beseitigen zu wollen. Eine Entschließung fordert die völlige Beseitigung der städtischen Gewerbesteuer.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

werbt für Eure Presse, für das „Halberstädter Tageblatt“

Mückenberg, 16. Sept. (V o n e i n e r L o k o m o t i v e ü b e r f a h r e n.) Im Tagebau Kleinleipisch der Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G. stand ein 28 Jahre alter Fahrdienstleiter an einem Wechsel im Gleis, als ihm von einem Zuge etwas zugerufen wurde. Dadurch, daß er sein ganzes Augenmerk dem Zurufenden widmete, überhörte er das Herannahen einer Maschine, deren Führer in diesem Augenblick aus dem entgegengesetzten Fenster sah. Der Fahrdienstleiter wurde überfahren und war sofort tot.

Wolmirstedt, 16. Sept. (M o t o r r a d f a h r e r g e g e n G e s p a n n.) Auf der Colbitzer Chaussee, zwischen Jakobsheim und Wolmirstedt, fuhr ein Motorradfahrer in scharfem Tempo auf ein Gespann auf. Durch die Wucht des Zusammenstoßes wurde das Motorrad vollständig zertrümmert. Der Fahrer erlitt stark blutende Verletzungen. Ein vorbeikommendes Auto brachte ihn nach dem Kreiskrankenhaus.

Zschornewitz, 16. September. (B e i m S c h ö r n s t e i n b a u t ö d l i c h v e r u n g l ü c k t.) Bei dem Schornsteinneubau des Kraftwerks der Elektrowerke verunglückte der Maurer Franz Lukas tödlich. Ihm fiel ein eiserner Kloben auf den Kopf, der ihn sofort erschlug. Lukas war mit Maurerarbeiten in einer Höhe von 18 Metern beschäftigt.

Streckau bei Weißenfels, 16. September. (V e r s c h ü t t e t.) Der 20jährige Arbeiter Otto Schleich war im Betriebe der Braunkohlengrube Emma beschäftigt. Bei Arbeiten im Bunker rutschte Sch. ab und wurde von der nachrutschenden Kohle verschüttet. Der Unfall wurde erst bemerkt, als jemand zufällig die Füße Schleichs aus der Kohle herausragen sah. Die sofort eingeleiteten Bergungsarbeiten brachten keine Rettung mehr.

Frohse a. E., 15. September. (S t a d t v e r o r d n e t e b e w i l l i g e n e i n e A n l e i h e.) In der Gemeindevertretersitzung wurde beschlossen, eine Anleihe in Höhe von 25 000 M aufzunehmen, um die Kosten für die Neulegung der Rohre für die Wasserleitung zu decken.

Aus dem Gerichtssaal.

Ferienstrafkammer Halberstadt.

Sitzung vom 14. September.

Was eine Kehrschaufel wert ist. Folgende Geschichte ist kein Märchen und keine Dichtung, obwohl sie jeder vernünftige Mensch dafür halten müßte, sondern hat sich wirklich und wahrhaftig zugetragen im Jahre des Heils 1928. Also vernehmt die Schauermär. Es war einmal eine Kehrschaufel, die lehnte einsam und verlassen an einer Aschengrube. Zufällig kam ein Mann auf den Hof, der sah die alte Schaufel, versteckte sie unter seiner Kleidung und nahm sie mit nach Hause. Das war Diebstahl. Eine solche Schaufel ist vielleicht ein paar Pfennige wert. Aber was nutzt das? Es wurde eine große Verhandlung vor dem Amtsgericht anberaumt, deren Kosten natürlich den Wert der Schaufel bei weitem übersteigt. Und was das Tollste an der Geschichte ist, der arme Sünder ist vorbestraft, es liegt Rückfalldiebstahl vor. Die Mindeststrafe dafür beträgt 3 Monate Gefängnis, ergo, muß der Angeklagte um einen fast wertlosen Gegenstand 3 Monate ins Gefängnis. Damit ist die Geschichte aber noch nicht zu Ende. Der Angeklagte legte Berufung ein. Aber erfolglos. Das Gericht konnte aber um den starren Paragraphen nicht herum. Es war aber offenbar selbst davon überzeugt, daß das Urteil unter diesen Umständen eine Ungeheuerlichkeit ist und erwog deshalb wohlwollend, daß dem Angeklagten wegen des geringen Objektes trotz der Vorstrafen eventuell Strafaussetzung gewährt werden soll.

Wenn man zu spät kommt. Olga ist ein hübsches, junges Frauchen, war aber mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen! Sie war deshalb durch Strafbefehl zu 20 M Geldstrafe verurteilt. Dagegen erhob sie Einspruch, weil sie unschuldig sein will. Nun soll man aber allgemein im Leben pünktlich sein, vor allen Dingen gilt das aber im Gerichtssaal. Olga war das aber nicht. Sie kam fünf Minuten zu spät. Diese fünf Minuten wurden ihr zum Verhängnis. Im Gerichtssaal wartet man nicht lange. Ihr Einspruch wurde verworfen. Sie legte Berufung ein und meinte, die 5 Minuten könnten doch keine Rolle spielen. Aber es nutzte nichts, auch die Berufung wurde verworfen. Also in Zukunft, pünktlicher sein.

Zwei Obstliebhaber. Zwei junge Leute saßen auf der Anklagebank wegen Rückfalldiebstahl. Sie sollen in zwei Fällen mehrere Sack Aepfel gestohlen haben. Dafür waren sie vom Amtsgericht zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Auf ihre Berufung wurde das Urteil dahin abgeändert, daß sie von einem Fall freigesprochen wurden, während des anderen Falles wurden sie zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht Halberstadt.

Sitzung vom 14. September.

Ein Schutzpolizeibeamter, wie er nicht sein soll. Die Schutzpolizeibeamten W. und D. waren in Aschersleben mit der Führung der Kassengeschäfte für die Bereitschaft beauftragt. Der Hauptverantwortliche war W. Ende 1927 wurde von der Polizeiverwaltung festgestellt, daß Fehlbeträge vorhanden waren. Der Verdacht lenkte sich auf die beiden Genannten. W. hat inzwischen seinem Leben durch Freitod ein Ende gemacht. D. hatte sich nun wegen Amtsunterschlagung und Betrug zu verantworten. Der Angeklagte bestreitet. Die Unterschlagungen habe W. begangen, er habe davon nichts gewußt. Er muß aber mit Hilfe von Fälschungen in den Listen das Treiben des W. ermöglicht haben. Ferner hat der Angeklagte, als er mit einigen Kameraden nach Magdeburg versetzt wurde, sich Verpflegungsgelder für seine Kameraden auszahlen lassen und für sich verwendet. Außerdem war er noch Kassierer des Polizeisportvereins. Auch als solcher soll er sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen haben. In diesem Punkt ließ sich aber keine strafbare Handlung nachweisen. In einer 9stündigen Verhandlung wurde dem Angeklagten nachgewiesen, daß er sich schuldig gemacht hat. Das Urteil lautete entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wegen Beihilfe zur Amtsunterschlagung auf 6 Monate Gefängnis.

Soz. Arbeiter-Jugend

Arbeitsgemeinschaft. Heute abend im Heim, „allgemeine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt“.

Rote Falken, Gruppe 2: Heute abend wie verabredet. Wir gehen pünktlich los. Bringt Licht und Decken mit.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Halberstadt. Allen, die zum Gelingen unseres Sportfestes beigetragen haben, sei hier an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt. Vor allem sei auch den freundlichen Quartiergebern bestens gedankt, die noch in letzter Stunde so zahlreich Freiquartiere zur Verfügung stellten, sodaß eine Anzahl garnicht belegt werden konnte. Diese Quartiergeber werden gebeten, dies zu entschuldigen. Bei nächster Gelegenheit sollen diese gastfreien Republikaner zuerst mit einem Gast bedacht werden. Dank verdient auch die Ortsgruppe Wehrstedt, welche ungefähr 100 Kameraden Quartier gab, ebenso die Ortsgruppe Kleinquenstedt, welche ebenfalls Freiquartiere zur Verfügung gestellt hatte.

Halberstadt. (Schutzsport.) Heute abend 18,30 Uhr treffen sich sämtliche Handballspieler auf dem Anger.

Halberstadt. (Spielerkorps.) Mittwoch abend 19,30 Uhr Ueben im Odeum. Fanfaren sind mitzubringen.

Quedlinburg. (S p i e l e r k o r p s.) Sämtliche Spielleute müssen Montag abend pünktlich 7 Uhr im Gewerkschaftshaus sein, zwecks Anprobe der Einheitsanzüge.

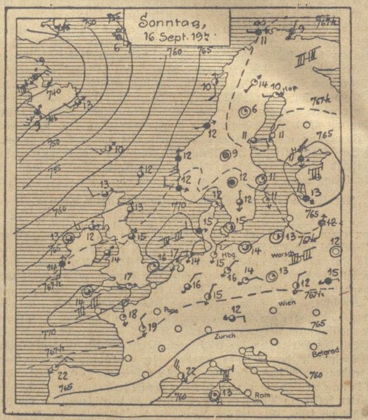
Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender.

Dienstag, den 18. September.

Berlin. 20.30 „Berlin im Drama“. Leseproben.
Königswusterhausen (Zeesen): Uebertragung von Berlin.
Leipzig. 20.15 Richard Dehmel, der Lyriker in Wort und Lied. 21.15 Cellosonaten. 22.15 Tanzmusik.
Hamburg. 20 Volkstümliches Konzert, darauf Kabarett.
Langenberg. 21.15 von Köln: Der Admiral. Handlung v. Wessel.

Amtliche Wetternachrichten.



ERKLÄRUNG: O wolkenlos. O heiter. O halbbedeckt. O wolkig. O bedeckt. • Regen. * Schnee. Dunst. ≡ Nebel. R Gewitter. △ Graupeln. ▲ Hagel. ◎ Stille. sehr leicht. leicht. schwach. mäßig. frisch. stark. steif. stürmisch. voller Sturm. Die Pfeile fliegen mit dem Winde. Die eingezeichneten Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck. Die neben den Orten stehenden Zahlen geben die Lufttemperatur an.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte, Hamburg.
Voraussichtliche Witterung bis 17. abends:

Durch Barometerfall über den britischen Inseln und Skandinavien bei gleichzeitiger Luftdruckzunahme über Mitteleuropa erfährt der jetzt über Südengland liegende Hochdruckkern eine Verlagerung gegen Deutschland, die eine neue Festigung der Wetterlage bedeutet. Unter dem Einfluß des Hochdruckgebietes wird die trockene Witterungsperiode anhalten, wobei das Wetter vorwiegend heiter verlaufen dürfte. Nur dann und wann verraten schnell vorüberziehende hohe Wolken die Gegenwart des großen über Island und dem Nordmeere liegenden Tiefdruckgebietes. Die Temperaturen werden tagsüber etwas höher ansteigen als bisher, aber nachts immer recht tief, am Boden stellenweise bis an Null sinken.

A u s s i c h t e n: Bis auf Frühnebel heiteres Wetter mit kalten Nächten, aber etwas wärmeren Tagen.

Geschäftliches.

Desinfektion durch Bügelmaschinen.

Im Hygienischen Institut der Universität Berlin wurden von den Professoren Hahn und Strauß interessante Versuche gemacht. Benutzt wurden die amerikanischen Bügelmaschinen, wie sie bei der Firma F r a n z K ü f f n e r, Halberstadt, Harsleberstraße 12 in Tätigkeit sind. Diese Maschinen arbeiten mit heißem Dampf in einer Temperatur von 100—125 Grad. Um festzustellen, daß diese Bügelmaschinen gleichzeitig als Desinfektionsapparate arbeiten, wurden Wintermantelstoffe und Anzüge mit allerhand gesundheitsschädlichen Bazillen infiziert. Besonders die Taschen der Kleidungsstücke wurden mit Tuberkelkulturen beschmiert. Nach einer Dampfeinwirkung von 30 Sekunden waren sämtliche Bazillen und Tuberkeln einwandfrei abgetötet. Wer sich also einen Anzug mit den amerikanischen Maschinen bügeln läßt, erzielt damit zugleich eine vollkommene Desinfektion und fördert dadurch die Gesundheit.

Aus Wernigerode

Oeffentliche Mahnung.

Die bis zum 15. ds. Mts. und auch für rückliegende Zeit fällig gewesenen nicht gestundeten **Grundvermögenssteuern, Gemeindezuschläge u. Hauszinssteuern** sind nunmehr

binnen 3 Tagen

an die hiesige Ortssteuerkasse zu zahlen, widrigenfalls die zwangsweise Beitreibung erfolgen muß.

Nöschenrode, den 15. September 1928.

Der Gemeindevorsteher.
J. V.: Täntzer.

Schloß-Konditorei u. -Café
Kaiserstraße 61 Fernruf 578
Täglich ab 4 Uhr
Kapelle Kuster
Sonntag von 11—1 Uhr
Früh-Konzert
Konditoreiwaren allererster Qualität eigener Herstellung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft R. W. Kindermann, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postscheckkonto Magdeburg 4536 und Buchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 219 — Dienstag, 18. September 1928. — 3. Jahrgang.

Einmütige Billigung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett hinter Müller. — Westarp allein auf weiter Flur.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett trat am Sonnabend unter Vorsitz des Reichsministers Groener zu einer Sitzung zusammen, an der die Reichsminister Curtius, Dietrich, von Guerard, Hilferding, Severing, Schätzel und Wissell teilnahmen. Gegenstand der eingehenden Beratung bildete die Lage in Genf, wie sie sich auf Grund der Bericht: der Delegation darstellt. Die Haltung der Delegation in Genf fand einmütige Billigung. Die Stellungnahme des Reichskabinetts zu den in Frage stehenden Problemen wurde der Delegation telegraphisch übermittelt

Aus dieser kurzen amtlichen Meldung ergibt sich daß ein Gegensatz zwischen der Völkerbundsdelegation und dem Reichskabinett nicht besteht! Die Regierung billigte die Haltung ihrer Delegierten. Sie stellt sich damit hinter den Reichskanzler, gegen die deutschnationale Opposition.

Was diese Opposition überhaupt will! Sie hat in diesen Tagen durch ihre Presse — natürlich aus rein „nationalen" Gründen — über die Haltung der deutschen Delegation die tollsten Dinge verbreiten lassen. Sie hat behauptet, daß Deutschland im Begriff stehe, die Räumung der Rheinlande unter den schwersten Bedingungen zu erkaufen, daß zu allen bisherigen Opfern neue große Lasten eingegangen werden sollen. Nichts von alledem ist wahr. Die Dinge sind überhaupt noch nicht so weit in Fluß, daß heute schon irgend ein endgültiges Ergebnis vorweggenommen werden könnte. Was schließlich werden wird, weiß vorläufig weder die deutsche Delegation, noch das Reichskabinett, und das wissen noch viel weniger die an den Verhandlungen weder direkt noch indirekt beteiligten Deutschnationalen. Fest steht allerdings, daß

die deutsche Delegation nicht daran denkt, die Räumung der Rheinlande zu erkaufen, und daß eine Verknüpfung der Reparationsfrage mit dem Rheinlandproblem nicht in Frage kommen kann.

Diese Auffassung der deutschen Regierung ist den Besatzungsmächten im Verlauf der Genfer Verhandlungen mit einer eingehenden Begründung unterbreitet worden. Briand hat sie beantwortet mit einer Reihe von Fragen und einzelnen Vorschlägen, zu denen das Reichskabinett am Sonnabend auf Grund eines ausführlichen Berichtes eingehend Stellung genommen hat. Das Ergebnis ist nicht überraschend. Deutschland hat von seher eine Diskussion über die endgültige Lösung des Reparationsproblems angestrebt, weil ohne eine derartige Lösung eine Verständigung von Dauer nicht möglich scheint.

Wenn es jetzt gelungen ist, diese Erörterung endlich zu ermöglichen, so ist das ein Verdienst der deutschen Delegation und vor allem des sozialdemokratischen Reichskanzlers.

Auf welche Weise die Auseinandersetzungen im einzelnen vor sich gehen sollen, ob eine Sachverständigenkommission aus Vertretern der Alliierten unter Hinzuziehung deutscher Vertreter zunächst an die Dinge herangehen oder ob die Väter der vorläufigen Lösung schließlich mit der Sache befaßt werden sollen, mag die deutsche Delegation entscheiden. Sie wird dabei von dem Gesichtspunkt ausgehen müssen, daß die Reparationsfrage kein europäisches Problem ist und Amerika als Gläubigerstaat bei den kommenden Verhandlungen eine große Rolle spielen wird. Es scheint deshalb angebracht, diesen Faktor bei der Zusammensetzung der Kommission oder der Kommissionen von vornherein besonders mit in Rechnung zu stellen. Gelingt es, bis 1929 die endgültige Lösung zu erreichen, dann werden wir dem Frieden ein großes Stück näher kommen.

Voraussetzung dazu ist natürlich vor allem die Räumung des Rheinlandes. Deutschland unerschütterliches Recht auf die Zurückziehung aller Besatzungstruppen ergibt sich aus dem § 431 des Versailler Vertrages und es bedeutet eine gewisse Anerkennung dieses Rechtsstandpunktes, wenn sich die alliierten Mächte jetzt zum ersten Male offiziell zu Verhandlung über diese Frage bereit erklärt haben. Ihrer Lösung stehen leider noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten im Wege, die insbesondere von französischer Seite ausgehen. Frankreich knüpft an die Zurückziehung der Truppen gewisse Voraussetzungen, die soweit sie auf die sofortige Räumung der zweiten Zone Anwendung finden sollen, für uns völlig undiskutabel sind. Es geht nicht an, für Selbstverständlichkeiten auch noch ein besonderes Entgegenkommen zu zeigen und wenn es noch so gering wäre. Auch für den Fall einer Gesamträumung bedürfen die französischen Voraussetzungen einer ernsten Erörterung. Wir brauchen keinen Hehl daraus zu machen, daß der Einsetzung einer sogenannten „Feststellungs- und Versöhnungs-Kommission" in Deutschland und insbesondere im Reichskabinett die schwersten Bedenken begegnen. Wir lehnen sie dennoch nicht ohne weiteres ab, weil wir der Auffassung sind, daß eine kleine, mit begrenzten Vollmachten ausgestattete Kommission immer noch eher zu ertragen ist, als ein Besatzungsheer von 67 000 Mann. Letzten Endes kommt es darauf an wie diese Kommission zusammengesetzt sein soll welche Aufgabe sie haben soll und wie lange sie bestehen soll. Ist etwa gar beabsichtigt, sie noch über den 10. Januar 1935 hinaus, noch nach dem Ablauf der im Versailler Vertrag festgelegten Besatzungsfristen bestehen zu lassen?

Diese Fragen bedürfen vor einer endgültigen Stellungnahme zu den französischen Voraussetzungen einer eingehenden Klärung. Es ist deshalb kaum zu erwarten daß vor Mitte nächster Woche eine positive Entscheidung der deutschen Delegation in Genf oder der Reichsregierung fällt.

Die Antwort der Reichsregierung.

Die telegraphische Antwort der Reichsregierung an die deutsche Delegation in Genf umfaßt 3½ Folioseiten. Sie setzt sich zusammen aus einer Stellungnahme der Reichsregierung zu den aufgeworfenen Fragen und einem kurzen Auszug aus dem Protokoll der im Kabinett geführten Debatte. Die deutsche Delegation wird einleitend zu ihrem Erfolg, die Reparationsdebatte in Gang gebracht zu haben, beglückwünscht und gebeten, hinsichtlich der Zusammensetzung der in Aussicht genommenen Kommission oder Kommissionen bestimmte Dinge nicht außer Acht zu lassen.

Irgendwelche Voraussetzungen für die Räumung der zweiten Zone zu erfüllen, lehnt die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit der deutschen Delegation ab.

Sie trägt auch hinsichtlich der von Frankreich für die Zusage einer Gesamträumung (nach der endgültigen Lösung des Reparationsproblems) aufgestellten Voraussetzungen die schwersten Bedenken. Sie beziehen sich vor allem auf die Dauer und die Kompetenzen der sogenannten „Feststellungs- und Versöhnungs-Kommission". Diese Frage stand nach dem Bericht an die deutsche Delegation im Verlauf der Kabinettssitzung im Vordergrund aller Erörterungen. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß eine derartige Kommission für den Fall einer vorzeitigen Räumung keineswegs über den im Versailler Vertrag vorgesehenen Termin der Gesamträumung, d. h. dem 10. Januar 1935 hinaus bestehen dürfte. Das Kabinett wünschte außerdem Klarheit darüber, ob die Kommission in dem ganzen Besatzungsgebiet oder nur in der zu räumenden zweiten bzw. dritten Zone sein soll.

Das Ergebnis der Besprechungen.

Genf, 16. Sept. (Eig. Drahtm.) Die Besprechungen der fünf Besatzungsmächte und Deutschlands sind am Sonntag nach einer dreistündigen Sitzung beendet worden. Man hört über das Ergebnis sowohl von französischer wie von englischer und japanischer Seite Aeußerungen der Zufriedenheit. In dem offiziellen Kommunique heißt es:

„Eine Einigung ist zwischen den Mächten in folgenden Punkten zustande gekommen: 1. über die Eröffnung offizieller Verhandlungen über die vom deutschen Reichskanzler vorgebrachte Forderung auf frühere Räumung des Rheinlandes.

2. über die Notwendigkeit einer vollständigen und endgültigen Lösung des Reparationsproblems, zu welchem Zweck eine Kommission von Finanzsachverständigen durch die sechs Regierungen zu ernennen ist.

3. über die prinzipielle Einsetzung der Feststellungs- und Vergleichs-Kommission. Die Zusammensetzung, Arbeitsweise, Aufgabe und die Dauer dieser Kommissionen werden Gegenstand von Verhandlungen zwischen den zuständigen Regierungen bilden."

Der zu einem Entgegenkommen am wenigsten geneigte Teil war — wie wir erfahren — der belgische Außenminister Hymans. Auf englischen Wunsch wurde zu Beginn der Verhandlungen die deutsche These, daß ein juristischer Anspruch Deutschlands auf die frühere Räumung bestehe, zurückgestellt. Man hielt ein praktisches Ergebnis für erreichbarer, wenn diese juristische Streitfrage nicht erst ausgetragen würde. Briand stellte dann die Reparatiosfrage zur Debatte. Die deutsche Scheidung zwischen der Behandlung des Reparationsprogramms und den Räumungsverhandlungen, die in der oben wiedergegebenen Vereinbarung enthalten ist, bedeutet immerhin eine volle Anerkennung des deutschen Standpunktes. Außerdem ist aus der Vereinbarung ersichtlich, daß eine Einigung über die Dauer und die Kompetenzen der sogenannten „Feststellungs- und Vergleichs-Kommission" noch nicht erzielt worden ist.

Rückkehr des Reichskanzlers.

Der Reichskanzler trifft am Dienstag in Berlin ein. Er wird zunächst dem Reichspräsidenten und dann dem Reichskabinett über den Verlauf der Genfer Verhandlungen Bericht erstatten. Der Auswärtige Ausschuß tritt voraussichtlich am Sonnabend oder Montag zusammen. Er wäre auch ohne die überflüssige Initiative der Deutschnationalen Volkspartei zur Entgegennahme eines Berichtes der Reichsregierung zusammenberufen worden.

Reichskanzler Müller hat Genf am Sonntag verlassen. Er wird auf der Durchreise durch Baden-Baden mit Stresemann Rücksprache nehmen.

*

Feststellungen zum Beschluß in Genf.

Genf, 17. September. (EF.) Aus Aeußerungen von Delegationsmitgliedern und aus Presbesprechungen, die sowohl die französische und englische wie die deutsche Delegation am Abend nach der entscheidenden Sitzung in Genf unter persönlicher Leitung der Delegiertenführer Briand, Lord Cushendun und Müller unterhielten, kann man sich ein ziemlich genaues Bild über die Stellung der am meisten interessierten Mächte zur getroffenen Vereinbarung machen. Der Haupterfolg der deutschen Delegation besteht darin, das Zugeständnis erreicht zu haben, daß die Räumungsfrage für offizielle Verhandlungen frei ist. Im übrigen wird deutscherseits betont, daß man mit dem Auftrag nach Genf gekommen sei, die Frage der Gesamträumung des Rheinlandes und des Saargebietes anzuschneiden. Man habe infolgedessen niemals versucht, besonders über die zweite Zone zu verhandeln. Man habe gehofft, daß sich der Verständigungswille

Severing in Lübeck.

[illegible]hrproblem.

[illegible] weit wir von diesem Ziele noch entfernt sind, hat vor einigen Tagen die Antwortrede Briands auf die Ausführungen Müllers gezeigt. Aber selbst wenn die Aussichten für eine allgemeine Abrüstung sehr viel günstiger wären, als sie es tatsächlich sind, kämen wir in Deutschland um eine klare Stellungnahme zum Wehrprogramm nicht herum. Die deutsche Wehrfrage ist heute weniger eine Angelegenheit der Außen-, als vielmehr der Innenpolitik. Die letzten deutschen Reichstagswahlen haben für alle wahrhaften Republikaner unter dem Zeichen gestanden: Heran an die Macht, die Republik den Republikanern! Wer aber die Macht im Staate will, der muß auch die Machtmittel wollen! (Allgemeine Zustimmung). In dieser Erkenntnis haben die republikanischen Parteien auch der Regierungserklärung zugestimmt, in der es hieß, daß die Regierung, die von der Wehrmacht verlange, daß sie eine treue und unbedingt zuverlässige Stütze der Republik sei, ihrerseits dafür sorgen würde, daß die Wehrmacht mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausgestattet wird (Lebhafter Beifall.) Freilich ist in der Regierungserklärung hinzugefügt: Im Rahmen ihrer Aufgaben und der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte! Hier können und werden sich noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten ergeben. Und solange Deutschland unter der Last der Dawes-Gesetze Einschränkungen machen muß an seinen sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben, solange wird mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sein, ob die Ausstattung der Wehrmacht mit den von ihr verlangten Mitteln zweckmäßig und zeitgemäß ist. Sind aber die grundsätzlichen Unklarheiten beseitigt, dann kann mit viel größerer Sachlichkeit und ohne jede leidenschaftliche Verbetzung jede auftretende Zweckmäßigkeitsfrage geprüft und entschieden werden. Auch das Reichsbanner würde sich ein großes Verdienst um die politische Erziehungsarbeit des Volkes erwerben, wenn es diese Fragen im Kreise seiner Mitgliedschaften mit dem Ernst, den der Gegenstand erfordert, prüfen würde." (Stürmischer Beifall.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919280918-14/fragment/page=0009